Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 132 3. JULI 1976

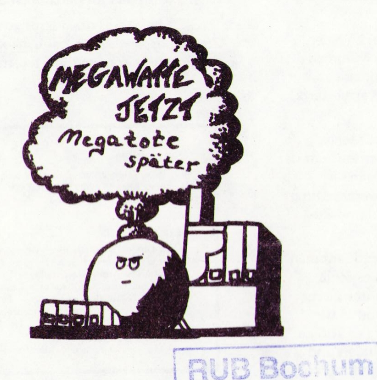
D 1870 CX

* herausgeber :
* frankfurter
* informationsdienst e.v.
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel. 0611/70 43 52

* postadresse :
* postfach 90 03 43
* 6000 frankfurt 90

* redaktionsschluß :
* donnerstag 20 uhr

verantwortlicher redakteur :
indulis bilzens



kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schlüterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

5000 köln
der andere buchladen
zülpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tübingen
aktion politischer buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz :
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

druck: druckladen

vierteljahres-abo :
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto : frankfurter informationsdienst e.v. 6000 frankfurt 90 nr. 52 52 28 - 602 überweisen.
genaue anschrift angeben.

LIEBE ID–ABONNENTEN,
unsere letzte Mahnaktion hat bei einigen von Euch Verwirrung ausgelöst sowie spitze Bemerkungen über die Abonummer.

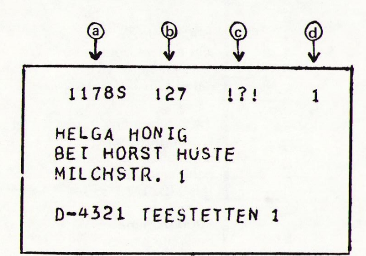
Die Umstellung (und dadurch die Abonnenten-Nummer) wurde jedoch für uns notwendig, weil beim gegenwärtigen Stand von bereits 2000 Abonnenten und bei vierteljährlicher Zahlungsweise etwa 200 Buchungen pro Woche zu bearbeiten sind. Dazu kommt die Bearbeitung monatlicher Daueraufträge, nicht zu reden von wöchentlich etwa 50 Neuaufnahmen und durch den Lebenswandel der Genossen bedingte Abo-Änderungen, das alles neben der gesamten anderen (büro)arbeit her.

Daß Eure Adresse und sonstigen Daten in der Datei an einer bestimmten Stelle stehen und beim Durchzählen eine Nummer haben, ist trivial. Wir drucken die Nummer auf der Adresse ab, weil wir Eure Stelle im Speicher (das, was früher die Kartei-Karte war) mit dieser Nummer schneller finden.

Durch die Verwendung des Computers entfällt eine Menge bisheriger Karteiarbeit und das Verhältnis der Abonnenten zum ID wird nach neustem Stand ausgedruckt. Auch läßt sich der Versand des ID als Postvertriebsstück ohne Datenverarbeitung kaum bewältigen, weil die Zeitungen nach Postleitzahl und Zustellamt sortiert und verschickt werden müssen.

Wir haben jetzt etwa 700 Mahnungen rausgeschickt. Zieht man diejenigen ab, bei denen durch unser Verschulden etwas schief gelaufen ist, dann bleibt ein beträchtlicher Rest, darunter Leute, die mit der Zahlung um ein Jahr im Rückstand sind und in der Kareti überwintert haben. Mit der Zahlungsmoral sieht es also bei vielen von Euch nicht gut aus, was unsere Arbeit behindert und vom Wesentlichen ablenkt - früher haben wir Abos weiterlaufen lassen und nicht eingestellt, wenn ihr nicht gezahlt hattet, sondern Euch „Zeit gegeben". Diese Art „Vorfinanzierung" werden wir uns jetzt nicht mehr leisten (können).

Auf der Rückseite des ID steht jetzt Eure Postadresse. Über Eurem Namen stehen in einer Zeile Zahlen, bzw. Zeichen , aus denen Ihr ablesen könnte, wie es in dieser Woche um Euer Abo steht (lest das bitte genau durch):



Über der Adresse stehen vier Zeichen (auf der grafischen Darstellung der Adresse mit ⓐ, ⓑ, ⓒ, und ⓓ bezeichnet.)

ⓐ stellt die Nummer des Abonnements dar. Schreibt bitte diese Nummer ab sofort bei jeder Zahlung auf die Zahlkarte oder den Postscheckabschnitt (der Kennbuchstabe am Ende hilft dem Computer Falschbuchungen zu vermeiden).

ⓑ gibt die ID-Nummer an, bis zu der ihr bezahlt habt (einschließlich). Ihr seht und kontrolliert selbst, wann ihr nachzahlen müßt. Zahlt bitte wie bisher einen Monat vor Ablauf des Abos für weiteren Bezug, zahlt gleich für mehrere Monate oder das ganze Jahr, mindestens jedoch 18 Mark (für 12 Nummern).

ⓒ ist normalerweise eine nicht in Erscheinung tretende Position, wenn hier jedoch die Orientierungshilfe !? ! steht, bedeutet dies, daß euer Abo im nächsten Monat ausläuft.

ⓓ zeigt die Anzahl der Exemplare an, die ihr bezieht (wichtig für Mehrfach-Abonnenten wie Buchläden etc.)

Wenn die Ziffer unter ⓑ beispielsweise bei dir jetzt 135 zeigt, wäre es Zeit, zum Postamt zu gehen, zwecks Zahlung.

Jede Woche werden eine Menge ID's von der Post an uns zurückgeschickt, weil sie nicht zugestellt werden konnten. Überprüft bitte eure Adresse auf dem Aufkleber und schreibt uns, wenn Fehler drin sind, auch dann, wenn ihr den ID regelmäßig bekommt. Bringt euren Namen am Briefkasten an, nicht allen Briefträgern seid ihr persönlich bekannt.

Gebt bei Adressenänderungen eure Abonummer an und das Zustellpostamt! Stellt bei Umzug einen Nachsendeantrag bei der Post, wir können die Etiketten nicht sofort ändern.

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informations–Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90
Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens

BEIRAT DES ID:
Horst Bingel/ Schriftsteller – Dr. Hans Christoph Buch/ Schriftsteller –
Peter O. Chotjewitz/Schriftsteller – Ingeborg Drewitz/Schriftstellerin –
Christian Geissler/ Schriftsteller – Prof. D.Helmut Gollwitzer/ Theologe –
Otto Jägersberg/ Schriftsteller – Yaak Karsunke/ Schriftsteller –
Helga M. Novak/Schriftstellerin – Jürgen Roth/Schriftsteller –
Robert Wolfgang Schnell/Schriftsteller – Volker Schlöndorf/ Regisseur –
Erwin Sylvanus/ Schriftsteller – Dr. Klaus Wagenbach/Verleger –
Gerhard Zwerenz/Schriftsteller

IMMER NOCH : KEIN KRAFTWERK AN DER OBERHAVEL

WESTBERLIN (ID) 30. Juni

In der Nordwestecke Westberlins, in Spandau, soll am Habelufer ein Kohlekraftwerk mit einer Leistungsfähigkeit von 1.200 Megawatt in der Endstufe enstehen (siehe ID 123). Die Aktivitäten der Bürgerinitiativen in Spandau und in Konradshöhe – Tegelort gegen den Bau des Kraftwerk gingen inzwischen weiter.

Zum Erörterungstermin der Bezirksverordnetenversammlung am 2. Juni kamen etwa 250 Besucher. Die Vertreter von Senat und der Berliner Kraft und Licht AG (BEWAG) sahen bei einigen Fragen ziemlich blaß aus, z.B. als sie auf Unstimmigkeiten bei der Strombedarfsplanung hingewiesen wurden. Der BEWAG-Sprecher gab zu , daß noch in diesem Herbst mit vorbereitenden Bauarbeiten begonnen werden soll, obwohl im Herbst das formale Verfahren über den Standort noch nicht durchgezogen sein wird. An diesem Punkt hat die Bürgerinitiative noch einmal nachgeforscht.

Entwicklung und Bau solcher Großanlagen dauert ca. sechs Jahre. Schon 1973 wurden Entwicklungsaufträge vergeben – für die BEWAG ist ja auch sonnenklar, daß das Kraftwerk gebaut wird. Dann kam noch die Information, daß die Kraftwerk-Union AG Lieferaufträge über 600 Megawatt von der BEWAG hätte.

Der Beschluß in der Spanndauer BVV über den Bebauungsplan für 300 Megawatt ist eine Farce, wenn die BEWAG schon 600 bestellt.

Die Bürgerinitiative machte zusätzlich zu den wöchentlichen Info-Ständen auch noch einen auf den Spandauer Maientagen, wo nachmal 1.500 Unterschriften zusammenkamen – insgesamt haben jetzt etwa 16.000 Bürger ihren Protest gegen das geplante Kraftwerk dokumentiert.

Am 14.6. war eine Großveranstaltung der Bürgerinitiativen, zu der va. 400 Leute kamen. Eine Resolution an die Bezirksverordneten, gegen das Kraftwerk zu stimmen, wurde vorgelesen. Die Kundgebung am Mittwoch vor dem Rathaus, während drinnen die „Volksvertreter" saßen, fiel mangels Mobilisierung ins Wasser.

Warum auch Nicht-Spandauer gegen das Kraftwerk kämpfen sollten:

Ein Kohlekraftwerk mit 6.000 Megawatt-Leistung spuckt *pro Stunde* 5.500 kg Schwefeldioxid, 35 kg Fluorverbindungen und 900 bis 1.770 kg Stickoxide in die Luft. Nach den bestehenden Vorschriften müßte die Schornsteinhöhe 230 m betragen, wegen der Flugplatznähe werden in Spandau aber nur 135 m genehmigt. Und das, obwohl die den Abgasvorschriftenzugrundeliegenden Grenzwerte bei Schwefeldioxid sowieso schon mehr als doppelt so hoch sind (0.14 mg) wie die von der Weltgesundheitsorganisation empfohlenen (0, 06 mg). Da die Abgase in 8-12 km Entfernung vom Kraftwerk wieder runterkommen, heißt das bei den ortsüblichen Westwinden: genau da, wo die Luftbelastung schon jetzt den gesetzlich zugelassenen Grenzwert überschreitet.

Also, Weddinger, überlegt es euch, ob ihr die Bürgerinitiative unterstützt oder schon mal Gasmasken kauft...!

ALLE 80 KM EIN ATOMMEILER ...!!?

FRANKFURT (ID)
26. Juni

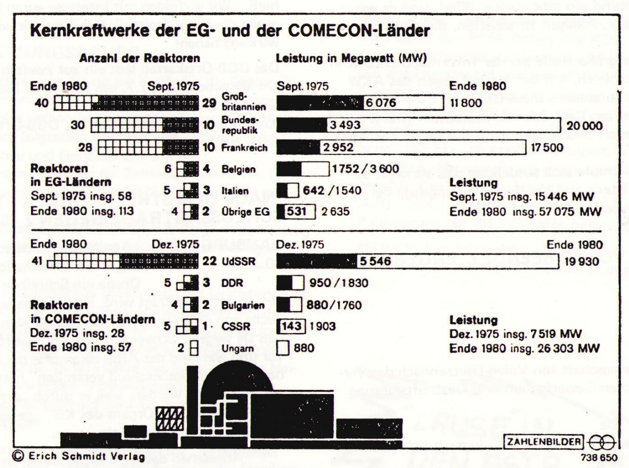
„Wollen wir Wirtschaftswachstum, und wenn ja, wo kommt die dafür erforderliche Energie her? " (Matthöfer, SPIEGEL-Interview, 19.4.76)

Mit dieser rhetorischen Frage fegt Matthöfer die von 1600 Wissenschaftlern in einem Memorandum formulierten Einwände gegen den weiteren Ausbau der atomaren Energieversorgung vom Tisch. Der Bau von Atomkraftwerken wird mit Volldampf vorangetrieben. Dies lassen die Ergebnisse einer öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Forschung und Technologie des Bundestages erkennen. Das „Handelsblatt" vom 3.6.76 berichtet von dieser Tagung, auf der 20 „Sachverständige" anwesend waren:

„In der Bundesrepublik Deutschland werden 1995 in durchschnittlichen Abständen von je 80 km Kernkraftwerke betrieben werden. Hinzu kommt eine Vielzahl von Anlagen der kerntechnischen Infrastruktur. Dieser große Zuwachs an Kernenergie erforder nach Ansicht der Experten besonders das optimale geographische Einplanen des Brennstoffkreislaufes unter Berücksichtigung anderer regionalplanerischer Anforderungen im Hinblick auf die Umweltverträglichkeit des Brennstoffkreislaufs."

Damit die privatwirtschaftliche Zurverfügungstellung von Atomernergie auch klappt, soll - so die Empfehlung der Tagung - die Bundesregierung „langfristige Uranlieferverträge abschließen, die Prospektion (= Erschließung neuer Rohstoffquellen) durch deutsche Firmen oder unter ihrer Beteiligung ... fördern und auch Kapitalbeteiligungen deutscher Firmen an bestehenden Uranminen ... unterstützen. Gegenüber zeitweiligen Lieferstörungen (!?) solle man sich durch Lagerung von Kernbrennstoffen in der Bundesrepublik selbst schützen." Diese Einbindung des Staates in die privatwirtschaftlich organisierte Produktion ist sicherlich weder generell noch im besonderen Fall der Atomtechnik neu. Wie das „Handelsblatt" vom 28.10.75 meldet, hat der Staat seit 1956 auf die Förderung von Kernforschung und kerntechnischer Entwicklung mehr als 14 Mrd. DM an Zuschüssen verwendet. Diese Förderung neuer Technologien soll der über den Markt nur unzureichend erreichbaren Veränderung der Wirtschaftsstruktur auf die Sprünge helfen. Das ist die „moderne Industriepolitik", von der die SPD spricht.

Fragen der Sicherheit wurden auf der Tagung natürlich auch diskutiert; und - wie das Handelsblatt leider feststellt - „unterschiedlich beantwortet". Aber bohrende Fragen nach der Sicherheit werden einfach mit der Gegenfrage beantwortet: Wo nehmen Sie bei Ablehnung des Baues von Atomkraftwerken „die Energie für das erforderliche Wirtschaftswachstum her" bzw. wie stellen „Sie sich eine Wirtschaft ohne Wachstum" vor (Matthöfer, SPIEGEL-Interview). Hartnäckiges Fragen reicht natürlich auch nicht...



Gegen Ende 1975 waren im EG-Bereich 58 Reaktoren in Betrieb, die sich auf 42 Kernkraftanlagen verteilten. Die installierte Leistung der Kernkraftwerke belief sich auf rund 15 500 MW, wovon 40% auf britische Werke entfielen. Bis 1980 soll die Kernkraftwerkskapazität auf etwa 57 100 MW und bis 1985 sogar auf 160 000 MW gesteigert werden. Nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) waren bis Ende 1975 im Ostblock dagegen erst 28 Reaktoren mit einer Leistung von 7500 MW in Betrieb genommen. Hier ist bis 1980 eine Steigerung auf 26 300 MW vorgesehen, an der die UdSSR mit knapp 20 000 MW am stärksten beteiligt sein wird.

ERSTER ERFOLG GEGEN ERRICHTUNG DES ATOMKRAFTWERKES

PLOGOFF(ID)
30. Juni

Am 13. Juni haben die Bewohner des Dorfes Plogoff an der französischen Atlantikküste die erste Runde gegen die nationale französische Elektrizitätsgesellschaft EDF gewonnen. Die EDF hat eine Mitteilung verbreitet, in der sie ankündigt, daß die Untersuchungsarbeiten für das "zukünftige" Atomkraftwerk bis zur "Nachsommerzeit" aufgeschoben würden.

Da das Baumaterial nicht wie vorgesehen auf den Platz transportiert wurde, haben die Einwohner ihre Straßensperren seit Freitagmorgen aufgehoben.(S.ID 130) Der Bürgermeister, Jean-Marie Kerloch, betont, daß die Auseinandersetzung mit der EDF noch nicht gewonnen ist Deshalb "erlaubt" er den Wachtposten nur dann nach Hause zu gehen, wenn sie sich für das nächste Mal bereithalten., um dem Ruf des Bürgermeisteramtes und des Schutzkomitees Folge zu leisten.

Die Verbreitung der Nachricht vom Rückzieher der EDFhat wieder einmal zeigen können, wie wenig Interesse die EDF den Einwohnern von Plogoff zollt, die doch am meisten Interesse an der Sache haben. Nur die Lokalpresse war spät am Donnerstagabend informiert worden, die Journalisten haben die Leute schnell informiert. Die Sperren wurden selbstverständlich erst aufgehoben, als die offizielle Ankündigung gemacht wurde. Diese kam Freitagmorgen gegen 10 Uhr und wurde vom Leiter der Polizei von Quimper übergeben. Die Mittelsmänner der EDF hatten zweifelsohne Angst, sich selbst vorzustellen.

Noch spricht alles von diesem ersten Sieg. Man muß festhalten, daß die Tage auf den Barrikaden keine verlorenen Tage waren. Für die Einwohner von Plogoff hat sich alles verändert, und heute wird das AKW nicht mehr wie früher abgelehnt mit Argumenten wie "Wir wollen das nicht hier – Sie können es hinstellen, wo sie wollen, nur nicht in Plogoff."... Diese Auffassung von Kampf gegen Atomkraftwerke hat sich in den heißen Tagen weiterentwickelt. Heute wird man solche Sätze nicht mehr hören.

Der Widerstand gegen ein AKW in Plogoff ist zu einem Widerstand gegen die Atomenergie allgemein geworden.

Viele Leute haben ernsthaft die Frage diskutiert, Windmühlen zur Elektrizitätsgewinnung an der Küste zu bauen. " In dieser Gegend der Bretagne bläst dauernd ein sehr starker Wind, und es wäre zugleich viel intelligenter, Anlagen zu schaffen, die die Umwelt nicht gefährden."

Eine Gruppe wird eine große Rolle bei der Informationsarbeit in den nächsten Wochen spielen, um den Kampf gegen das AKW auf eine breitere Basis zu stellen. Diese Gruppe,"Evid Buhel Ar C'Hap" (Für das Leben am Cap), faßt die militanten Kräfte aus der ganzen Gegend zusammen und weigert sich, nur gegen das AKW zu kämpfen:

"Wir wollen, daß die Kämpfe sich ausdehnen,daß sie auch den Schutz der Küste, die Dürre und die Beschäftigungslage der Bewohner mit einschließen.

LOHNKAMPF BEI VOLVO BEENDET. ERGEBNIS: ALLE HERHÖREN!

DIETZENBACH (ID)
1. Juli

Am Mittwoch hat die Belegschaft von Volvo-Dietzenbach das Verhandlungsergebnis zwischen Gewerkschaft und Geschäftsführung akzeptiert:

1) 175,- DM effektiv für alle
2) für die Auszubildenden 65, /55,-/45,-/35,- je nach Lehrjahr
3) Mindesteinkommen 1300,-.

Zu der Differenz zwischen der Foderung von 200,- und dem Abschluß auf 175,- ist zu sagen, daß es sich hierbei um die effektive Erhöhung handelt, also das, was mit nach Hause genommen wird.

Bei den Auszubildenden:
Das erste Lehrjahr hat eine Zulage von 65,- (gesamt 360,-), das zweite Lehrjahr 55,- DM mehr (gesamt 390,-), das dritte 45,- (gesamt 445,-) und das vierte 35,- (gesamt 500,-), diese Staffelung entspricht auch der Forderung nach stärkerer Anhebung der unteren Lohngruppen.

Das Mindesteinkommen ist mit 1300,- abgesichert! Ungeachtet der Anhebung um DM 175,- effektiv werden auch die auf 1300,- DM kommen, die z.B. vorher 980,- hatten, also nur mit der Erhöhung auf 1150,- gekommen wären.

Volvo hat die Klage gegen den Betriebsratsvorsitzenden Harald Gabbe zurückgezogen. Erst wollte der Geschäftsführer Johanson eine schriftliche Entschuldigung haben, die er aber nicht erhalten hat. Auf der Betriebsversammlung am Mittwoch, als die Ergebnisse der Verhandlung bekannt gegeben wurden, sagte Harald Gabbe das im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes notwendige zur Friedenspflicht und drückte so sein Einverständnis aus, die Auseinandersetzung um diesen Punkt zu beenden, was von der Geschäftsleitung dann auch akzeptiert wurde.

Nachdem für die Gewerkschaft der verhandelnde IGM-Bezirkssekretär Günter Schwarz zweimal wegen zu geringer Angebote von den Kollegen zurückgeschickt worden war, (zuletzt am Mittwoch mit einem Angebot von 120,- DM) gab die Geschäftsleitung am Mittwoch mittag nach. Die Lage war insofern klar, als bei einem Scheitern der Verhandlungen der Streik dagewesen wäre.

Das Ergebnis wird von der Frankfurter Rundschau so kommentiert: „Hauptgewinner der Tarifvereinbarung: IG-Metall Bezirkssekratär Günther Schwarz. Er hat für alle künftigen Tarifverhandlungen einen Modellfall, von dem anderenorts nur geträumt werden kann..."

Daß die Kollegen und Kolleginnen, die den Arbeitskampf geführt haben, hier nicht erwähnt werden, wird ihr jetzt gestärktes Selbstvertrauen nicht mehr erschüttern können, ist aber trotzdem zu kritisieren. Das andere ist:

Der Abschluß ist von höchster Bedeutung im Zusammenhang des Lohnkampfes des laufenden Jahres und auch noch darüber hinaus. Es ist einer der wenigen Arbeitskämpfe, in dem die Belegschaft ihre Forderung in diesem vollen Maß durchsetzen konnte, selbst wenn man bedenkt, daß Volvo dabei nicht finanziell unter Druck kommt.

Zum anderen haben die Schreibend der Kollegen aus anderen Betrieben mehr als nur formales Interesse ausgedrückt, wenn es hieß: „Wir verfolgen mit Interesse euren Kampf - bleibt hart gegen die Kapitalspitze". Das Ergebnis wird eine deutliche Signalwirkung haben!

Das DGB-Ortskartell lädt ein zur zweiten „Volvo-Lustbarkeit" am Mittwoch, dem 7.7. um 20 Uhr in Dietzenbach, DGB-Haus, Schäfergasse 15.
Kontaktadresse : 06074/25480, DGB-Ortskartell, Dietzenbach, DGB-Haus

NACH DEM STREIK: DRUPA STELLT AUSSCHLUSSANTRÄGE GEGEN 7 KOLLEGEN

HAMBURG (ID)
30.Juni

„Am Wochenende erhielten nach bisher vorliegenden Informationen 7 Kollegen der IG Drupa ein Schreiben des Ortsvereinsvorstandes, in dem beantragt wird, ihre Mitgliedschaft aufzukündigen. Sechs von ihnen wird mit gleichlautenden Schreiben mitgeteilt, daß sie wegen „aktiver Mitarbeit und Verteilung des Streikinfos vor und während des Arbeitskampfes der Druckindustrie gegen den Abgrenzungsbeschluß verstoßen" hätten. Ein Kollege soll ausgeschlossen werden, weil er durch „den Verkauf der Zeitung Arbeiterkampf, des Organs des KB" „gewerkschaftsfeindliche Gruppen" unterstützt hätte.

Abgesehen davon, daß die Gewerkschaftsführung ihre Behauptung durch keinerlei Beweise, bzw. die Informanten zu nennen, abstützt, sollen hier Kollegen getroffen werden, die im Streik mit am aktivsten für die gewerkschaftlichen Forderungen eingetreten sind.

Besonders übel an diesem Ausschlußverfahren ist zudem, daß vier der Kollegen wegen ihrer gewerkschaftlichen Arbeit schon von den Druckkapitalisten hinausgefeuert, beurlaubt, bzw. durch Prozesse unter Druck gesetzt sind.

Die Gewerkschaftsführung gibt an, daß die Verteilung des Streikinfos gegen den Abgrenzungsbeschluß der Drupa verstoß e.

Das Streikinfos wurde von Kollegen mehrerer Betriebe zusammengestellt und war orientiert darauf, eine breite Streikfront aufzubauen. Im Gegensatz zu der Hinhaltetaktik der Gewerkschaftsführung wurde hierin von Anfang an der Vollstreik als ein wesentliches Mittel gegen Aussperrung und für einen erfolgreichen Abschluß propagiert. (...)

In der Ausschlußbeantragung wird angegeben, daß die „aktive Mitarbeit und Verteilung des Stoeikinfos" unter den Abgrenzungsbeschluß , der bisher die Mitglieder linker Organisationen betraf, erweitert auf alle diejenigen, die durch ihre echte Streikbereitschaft der Gewerkschaftsführung auf dem Weg zu einem 6%-Abschluß entgegenstanden.

Jetzt zählen nicht mehr die radikalen Sprüche der Drupa-Führung „Für 9%!", „Gegen Lohnraub und Arbeitshetze", sondern diejenigen, die sich aktiv für diese Ziele eingesetzt haben, gelten nun als Gewerkschafts„feinde".

Wir möchten euch bitten, durch Resolutionen und Solidaritätsadressen an den Hauptvorstand in Mainz oder an die OV;Hamburg der Drupa sowie an die betroffenen Kollegen mit der Forderung der sofortigen Zurücknahme der Ausschlußanträge sowie d. Wiederaufnahme aller bisher Ausgeschlossenen den Kampf gegen den Ausschlußterror aktiv zu unterstützen.

Darüberhinaus muß das Vorgehen derDrupa, das den Berufsverboten den Weg bereitet, auch in sämtlichen Publikationen sowie in den Betrieben breit bekannt gemacht werden. Die 7 Kollegen – 4 von Broschek, je 1 vom Spiegel, von Bauer und von Schulz – werden in der nächsten Woche eine Stellungnahme gemeinsam verfassen und diese in der Öffentlichkeit bekannt machen.

Wichtiq ist ebenso, diese Schweinereien an linke Betriebsgruppen, Betriebsräte, Komitees gegen Ausschlüsse, Komitees gegen Berufsverbote im In- und Ausland mit der Aufforderung zur Solidarität weiterzuleiten."

STREIKDER HEIZUNGSBAUER

KIEL (ID)
29. Juni

Nachdem über die neuen Tarife für die Schleswig-Holsteinnische Heizungsindustrie vier Monate lang erfolglos verhandelt worden war, traten die Kollegen am 1. Juni für ihre folgenden Forderungen in den Streik:

1. Erhöhung der Löhne und Gehälter um 8 %
2. Erhöhung der Ausgleichszulage für Zeitlohnarbeiten um 10 %
3. Erhöhung der Auslösungssätze von 1973 um durchscnittlich 24 %.

In der Urabstimmung entschieden sich 87,5 % der stimmberechtigten und 96 % der an der Abstimmung Teilnehmenden Mitglieder für Streik.

Hatten die Gewerkschaftsführer gleich nach der Urabstimmung – also noch vor dem Streik – in einer Gesprächsrunde mit den Kapitalisten die Bereitschaft gezeigt, einer Kompromißlösung zuzustimmen, die auch von den Verhandlungsführern der Kapitalisten nicht abgelehnt wurde, so scheiterte das daran, daß die Heizungsbaukapitalisten ihre eigene Verhandlungsführung nieder stimmten. Was für die Kollegen auf dem Tisch blieb war ein provozierendes 5,2%-Angebot.

Dem nun einsetzenden Streik begegneten die „Arbeitgeber" mit Antikommunismus und „Rädelsführertheorie": die Streikenden seien von einer klei nen Minderheit verführt worden. Gleichzeitig begannen sie die Organisierung von Streikbrechern.

Allerdings wurden verschiedene Betriebe erst später in den Schwerpunktstreik miteinbezogen. So z.B. die Flensburger Firma Opfermann erst dann, nachdem sie trotz Warnung der Kollegen Streikbrecherarbeit für die Firma Sack übernehmen wollte. Unklar ist allerdings, inwieweit durch Übergabe von Aufträgen der großen Firmen an Kleinbetriebe Arbeiten an anderen als den bestreikten Arbeitsplätzen über nommen wurden.

Neben der R olle der Lehrlinge im Handwerk als billige Arbeitskräfte, zeigte sich während des Streiks, daß die Kapitalisten ohne Rücksicht auf die Ausbildung die jungen Kollegen vor allen Dingen als Streikbrecher einzusetzen versuchten.

– So in Rendsburg bei den Firmen Heinemann und Heermann, wo die Lehrlinge wie Zwangsarbeiter auf die Baustellen geschickt werden. Dies mit Wissen der staatlichen Gewerbeaufsicht, die ein Eingreifennicht für nötig hielt.

– So die Lübecker Firma R.O.Meyer. Um die geschlossene Kampffront der Kollegen zu durchbrechen, wurden die Lehrlinge teilweise ohne Aufsicht und Ausbilder zur Arbeit befohlen und zu Überstunden gezwungen. (natürlich nicht für vollen LOhn). Allerdings gelang es den Kollegen relativ schnell, die Sachlage mit den Lehrlingen zu diskutieren und sie zu einem solidarischen Handeln zu bewegen.

Nach einer Woche Streik – der durch zahlreiche Solidaritätsresolutionen aus anderen Betrieben unterstützt wurde, stimmte die Tarifkommission der IG-Metall einem „Verhandlungsergebnis' zu und legte sie den Kollegen zur Urabstimmung vor. Das „Ergebnis":

5,5% mehr Lohn und Gehalt ab 1/76
15 % höheren Ablösungssatz ab 1.2.76
auf 7,5 % erhöhte Ausgleichszulage ab 1.2.78
keine Maßregelungen gegen die Streikenden.

aus: Blinkfüer Nr. 6

„LÄUSE IM ASTA"

WESTBERLIN (INFO BUG/ID)
28. Juni

Bei den Wahlen zum Konvent (Studentenparlament an der PH) erhielten die undogmatischen „Läuse" 48,6 % der Stimmen, d.h. 25 von 50 Sitzen und wird damit den AStA stellen. Die ADS, die bisher den AStA stellte und diesmal als „Liste gewerkschaftliche Orientierung" zur Wahl antrat, fiel von über 60 % im letzten Jahr auf 34 % und bekam 17 Sitze. Völlig abgeschlagen sind die Freunde von KHG (zwei Sitze) und KSV (ein Sitz). Neu war, daß sich erstmals ein rechte Gruppe hervortraute. Der „Verband Bildung und Erziehung" (VBE) – rechte GEW-Abspaltung – bekam auf Anhieb fünf Sitze, d.h. so viele wie gegen Streik stimmten, haben VBE gewählt. Die Wahlbeteiligung war die höchste seit Jahren, was hoffen läßt, daß die Aktivitäten in diesem Semester einiges zur Politisierung der PH-Studenten beigetragen haben.

MERKE: Ein AStA der LAUS kann nur so gut sein, wie die Aktivität der Studenten in den Wahlfächern!



RÜCKMELDEBOYKOTT MACHT FORTSCHRITTE

TÜBINGEN (ID)
3o. Juni

Weil an der UNI Tübingen die Rückmeldung mit "Rückerstattungskosten für Praktika" gekoppelt werden soll, haben die Studenten einen Rückmeldeboykott organisiert. Um eine größtmögliche Beteiligung zu gewährleisten leisteten aktivere Studenten in den Rückmelderäumen einige Aufklärungsarbeit:

„Es ergab sich dann, daß ab 11.oo Uhr die Rückmeldung geschlossen war, so daß sich insgesamt nur etwa 1.2oo Komilitonen bisher zurückgemeldet haben. Gestern war eine Vollversammlung (am 3o. Juni) – ungefähr 1.5oo Komilitonen waren anwesend. Dort haben wir beschlossen, den Boykott aufrecht zu halten, und außerdem verstärkt Studentenausweise einzusammeln, damit die Leute eine Garantie dafür haben, daß sich auch wirklich genügend daran beteiligen. Anschließend haben wir eine spontane Demonstration gemacht, wobei uns der Theiss (UNI;Präsident) in die Hände gelaufen ist. Wir haben ihn natürlich in sein Büro begleitet. Weil wir 6oo waren und er nur allein, war er wohl etwas unsicher, meinte aber, daß er die Kopplung nicht aufheben werden. Heute morgen um 5.oo Uhr waren hier etwa 2oo Polizisten vor der neuen Aula. Als weitere Maßnahme, hat Theiss die Rückmeldung eingestellt – das ganze läuft jetzt nur noch brieflich, d. h. er hat an alle Leute die Rückmeldeunterlagen verschickt. Von daher stehen die Wachtmeister vollkommen nutzlos und tatenlos herum, weil ja jetzt weder wir noch sonst jemand in die Rückmelderäume eindringen will. Jetzt sind wir damit beschäftigt, die brieflichen Unterlagen einzusammeln."

NATIONALE PSYCHOLOGENTAGUNG

HAMBURG (ID)
1. Juli

Am 26. 6. und 27. 6. fand eine nationale Tagung der Psychologiestudenten statt. Die zunehmende Repression, Prüfungsordnungen etc. aber auch wie man sich dagegen wehren kann, stand im Mittelpunkt der Diskussion. Eine weitere Tagung findet am 9. und 1o. Oktober statt. Eine Koordination aller Aktivitäten und ein kontinuierlicher Informationsaustausch soll das wichtigste Ergebnis dieser kommenden Tagung sein. Bitte meldet euch also alle bei der Kontaktadresse.

Hälfte des Himmels, Schlüterstr. 79, 2ooo Hamburg.

GEOGRAPHIE-LEHRERTAGUNG: KRITIK VERBOTEN

BOCHUM (ID)
13. Juni

Am Mittwoch, dem 9. Juni 1976, wurde ein Vortrag des 15. Deutschen Schulgeographentages unterbrochen, um mit Hilfe der Polizei zwei Teilnehmer – Redaktionsmitglieder der Zeitung „Geographie in Ausbildung und Planung"– zu entfernen. Die Zeitschrift wendet sich an fortschrittliche Geographielehrer und Diplomgeographen. Die Tagung wurde von den Mitarbeitern zum Anlass genommen, ihre Zeitschrift unter den Kollegen bekannt zu machen. Daran sollten sie allerdings mit allen Mitteln gehindert werden. Ihr Antrag, die Zeitungen auslegen zu dürfen, wurde nicht beantwortet; am ersten Tagungstag wurde der Verkauf der Zeitung untersagt, am zweiten Tag wurde sogar die Auslage verboten. Als daraufhin am nächsten Tag Flugblätter verteilt wurden, kam die Polizei und wollte die Flugblattverteiler aus einem laufenden Vortrag festnehmen. Die beiden weigerten sich, erklärten sich aber bereit, nach dem Vortrag zur Verfügung zu stehen. In einer folgenden Diskussion sicherte die Tagungsleitung zu, von einer Anzeige abzusehen, behielt sich aber vor, auf „unsachgemäße" Berichterstattung mit einer Beleidigungsanzeige zu reagieren.

Redaktion Geographie in Ausbildung und Planung
GAP, Hustadtring 143, 463 Bochum - Querenberg

HEIDELBERGER KINDERLÄDEN VON SCHLIESSUNG BEDROHT

HEIDELBERG (Carlo Sponti/ID)
29. Juni

Lange Zeit hindurch wurden die Kinderläden auch von offizieller Seite her toleriert; als Freiraum für von der Studentenbewegung und dem Reform--Boom Infi zierte. Je mehr beides abebbte, desto mehr gerieten die Kinderläden wieder ins Schußfeld. Die Reaktion glaubt, es sich wieder leisten zu können, uns vor den Kopp zu stoßen.

Ich möchte die Schwierigkeiten, mit denen die Kinderläden zu kämpfen haben, exemplarisch darstellen am „Plöck-Kinderladen". Das Beispiel hat Allgemeingültigkeit:

1970 machten sich einige Leute ans Werk: zunächst traf man sich zu Arbeitsgruppen, wo man etliches an Theorie aufarbeitete.

Beim Schritt von der Theorie in die Praxis stieß man dann auf zwei grundlegende Probleme. Problem 1: Raumbeschaffung. Problem 2: Finanzierung. Bleiben wir zunächst bei der Raumbeschaffung. Geeignete Räume zu mieten ist für einen Kinderladen schier unmöglich. Das ist zum einen zu teuer und zum zweiten pflegen die Vermieter nicht mitzumachen. Die Versuche scheiterten dementsprechend. Bleibt also nur noch eines: man besetzt ein leerstehendes Haus - in Heidelberg gibt es deren ja genügend.

Die Stationen des Plöck-Kinderladens lesen sich wie folgt: 1970 Besetzung der Herrenmühle. April 1972: Die Herrenmühle brennt urplötzlich ab, Umzug in die Marstallstraße. Oktober 1972: raus aus der Marstallstraße, die heute noch leer steht (!), Besetzung des leerstehenden ehemaligen DI (Plöck 50); Januar 1974: Abriß des DI in einer Nacht- und Nebelaktion, ein großer Teil des Spielmaterials und des Inventars landet in den Trümmern. Der Kinderladen findet in der Mensa des CA vorübergehend eine behelfsmäßige Bleibe. Endlich stehen neue Räume - in der Plöck 78 - zur Verfügung. Hier findet der Betrieb bis zum heutigen Tage statt.

Wie lange noch, das ist im Augenblick unklarer denn je. Die Kinderladengruppe wurde mittlerweile nämlich mit dem zweiten grundsätzlichen Problem konfrontiert: mit der Finanzierung.

Der Plöck-Kinderladen lebte von anfang an zu einem großen Teil von der Mitarbeit und dem Engagement der Eltern. Dennoch ist die Einstellung fester Bezugspersonen notwendig. Neben den Kosten für Spielmaterial, Essen etc. fallen also noch entsprechende Personalkosten an. Das bedeutet: ein Kinderladen kann sich ohne finanzielle Bezuschussung kaum halten.

Nach zähen Verhandlungen mit dem damals noch liberalen Rektorat (Rentdorff) gelang es der Gruppe, 1972 von der Studentenhilfe übernommen zu werden. Seitdem beteiligen sich Stadt und Land an der Finanzierung, dazu kommen Gelder der studentischen Sozialbeiträge. Die Arbeit war somit finanziell abgesichert, ein halbwegs geregelter Kinderladenbetrieb schien gewährleistet. Die Rechte der Eltern blieben unangetastet: Erziehungskonzeption, Gruppenstärke (bis zu 12 Kinder für eine Bezugsperson) sowie Auswahl der Kindergärtner (innen) blieben in den Händen der Gruppe, die Selbstverwaltung blieb unbeschnitten. Mittlerweile besteht auch Allgemeinzugänglichkeit für Kinder nichtstudentischer Eltern.

Die neuste Entwicklung allerdings ist mehr als bekackt: die Stadt stellte die Zahlung der Zuschüsse ein. Die Studentenhilfe legte zunächst Widerspruch ein. Darauf empfahl das Regierungspräsidium der Stadt, zu zahlen. Erfolglos. Der Stadtrat stimmte auf Anraten des Oberbürgermeisters dagegen. Die Zuschüsse des Landes sind an die Zahlung der städtischen Zuschüsse gekoppelt. Ergebnis: von keiner Seite kommt mehr Geld. Bislang fehlen 130.000 DM (einhundertdreißigtausend!). Die Rechtsgrundlage ist unklar. Gerichtlich gegen die Stadt vorgehen kann jedoch nur die - mittlerweile verstaatlichte - Studentenhilfe (jetzt: Studentenwerk). Deren Interesse an der Weiterführung des Kinderladens scheint nicht sonderlich groß zu sein, von ihrer Seite sind keinerlei Aktivitäten erkennbar. (Mitglied des Studentenwerks-Verwaltungsrates sind unter anderem Niederländer und Zundel). Reaktionäre wie Stadtrat Poppen schwätzen parallel dazu in der Öffentlichkeit vom „politischen Mißbrauch unschuldiger Kinder" und ähnlichen Schwachsinn.

Das Kinderhaus Neuenheim steht vor der selben Situation. Auch es bekam die Mittel gestrichen.

Was tun? - Im Augenblick herrscht unter den Eltern eher Ratlosigkeit. Viele sind vom jahrelangen Kampf zermürbt. Andere hofften noch bis zuletzt auf eine positive Entscheidung unserer lieben Stadträte - was sich - leider - als naiv erwies: die wenigen Linken (Armbruster, FDP, Rosenbaum, KBW sowie einige aufrechte Sozialdemokraten) sind hoffnungslos in der Minderheit.

Im Augenblick machen hauptsächlich die Leute vom Kinderhaus hin und wieder 'nen Info-Stand und sammeln Unterschriften.

Was droht, ist eine sang- und klanglose Liquidierung. Deshalb ist es nötig, Linke und andere Sympathisanten alternativer Kindererziehung zu informieren, wachzurütteln.
Alle Macht den Kindern!

WILLKÜRLICHE POLIZEIAKTION IN OBDACHLOSENSIEDLUNG

WIESBADEN (ID) 30.Juni ,,Der Bewohnerrat Mühltal ist empört über das Verhalten der Einsatzeinheit des Biebricher Polizeireviers. In Wildwestmanier versuchte die Einsatzleitung einer Anzeige nachzugehen, die aufgrund eines Zwiespaltes zweier Bewohner der Mühltalsiedlung vorlag. Die im Zuge eines normalen Ermittlungsverfahrens anzuwendenden Methoden bei Vorliegen einer Anzeige schlugen um in gesetzeswidrige Handlungen der Polizei. Ohne Angaben eines Grundes, geschweige denn Ausweisung ihrer Identität stürmten sieben Polizisten in die Wohnung eines Bewohnerratsmitgliedes, wobei sie die Eingangstür der Wohnung zerschlugen. Die Unverletzlichkeit der Wohnung als Grundrecht, darf durch unbegründete polizeiliche Maßnahmen aufgehoben werden. Weiterhin wurde ohne Angabe eines Grundes ein Jugendlicher (18 Jahre),der sich zu dem Zeitpunkt mit seinen jüngeren Geschwistern (2,6, 8,10 Jahre) in der Wohnung aufhielt, verhaftet und in Handschellen abgeführt.

Erst auf Initiative von zwei Bewohnerratsmitgliedern und einem Jugendbetreuer des Gemeinschaftszentrums Mühltal wurde der Jugendliche im Biebricher Polizeirevier freigelassen. Durch eine routinemäßige Ausweiskontrolle in der Wohnung hätte ohne weiteres die Nichtbeteiligung des Jugendlichen nachgewiesen werden können.

Eine verschlossene Wohnzimmertür wurde mit Gewalt aufgetreten, obwohl der Jugendliche zuvor darauf hinwies, daß sich zur Zeit niemand in dem Raum aufhielt. Die Tür ist bestenfalls noch als Brennholz zu verwerten. Im Schlafzimmer, wo sämtliche jüngeren Geschwister des Jugendlichen schliefen,wurde eine Durchsuchung vorgenommen. Von dem Lärm wurden die Kinder wach und aufgeschreckt. Der 8jährige wurde mit einer Pistole von der Polizei bedroht.

Dieser überfallartige Eingriff in die Wohnung, die ungesetzlichen Methoden der Festnahme des Jugendlichen und die Zerstörung der beiden Wohnungstüren stehen in keinem Verhältnis zum Anlaß, zumal eine Rücksprache der Polizei im Gemeinschaftszentrum Mühltal, in dem sich zur Zeit die Mutter der Kinder auf einer Sitzung befand, zur Klärung beigetragen hätte, und somit auch zu einem entspannterem Verhältnis der Mühltalbevölkerung einerseits und der Polizei andererseits geführt hätte.

Der Bewohnerrat Mühltal fordert von dem Einsatzleiter, daß er sich für das ungebührliche Verhalten auf der nächsten Sitzung entschuldigt. Die Betroffenen werden auf der Sitzung anwesend sein. Weiterhin fordert der Bewohnerrat, daß die Polizisten den Schaden aus eigener Tasche bezahlen, da nicht einzusehen ist, daß die Steuerzahler für den Schaden aufkommen sollen.
Der Bewohnerrat Mühltal fordert für die Zukunft mehr Selbstdisziplin für die Polizei, um das Verhältnis Mühltalbevölkerung zur Polizei nicht unnötig zu belasten."

Bewohnerrat, Mühltal, Zentrum.

DOKUMENTATION'

FRANKFURT (ID) 1.Juli Zum einen hat das INFO HUG (Hamburger undogmatische Gruppen) Materialien und Berichte zum Tod von Ulrike Meinhof zusammengestellt. Titel: ,,Ulrike ermordet". Zu beziehen über Schwarzmarkt, Bundesstraße 9, 2000 Hamburg. für 1,50 DM.
Zum anderen kann man in einer 'Blatt Dokumentation' die vier verschlungenen Wege der bayerischen Justiz gegen die bekannte Münchner Stadtzeitung nachvollziehen. Mit Prozeß-life-Berichten und Cartoons. BLATT, Adelgundenstraße 18, 8000 München 22.

HÖREN, SEHEN, REDEN – INFORMATIONSVERANSTALTUNG ZU DEN MAULKORBGESETZEN

WIESBADEN (ID) 20. Juni Am 2. Juni 76 haben wir, die ,,Initiative gegen die Gesetze zum Schutz des Gemeinschaftsfriedens" im Scala eine Informationsveranstaltung über die Maulkorb-Paragraphen 88a und 130 a gemacht. Sie war selbst Teil einer ganzen Reihe von Veranstaltungen in allen größeren Städten der Bundesrepublik, die zum Ziel hatten, eine Öffentlichkeit herzustellen über die §§ und ihre Auswirkungen, die seit den Notstandsgesetzen den schärfsten Angriff auf eine linke Opposition darstellen.

Bei der Gründung der Initiative war man sich darüber im Klaren, daß das Ziel der Arbeit nicht darin bestehen kann, die §§ ,,zu Fall zu bringen". Außerdem sind wir davon ausgegangen, daß die §§ ebensowenig isoliert als eine Maßnahme des Staates zu sehen sind wie Berufsverbote oder die Sondergesetze im Stammheimer Verfahren, sondern im Zusammenhang stehen mit der allgemeinen Verschärfung des politischen Klimas in der BRD, der zunehmenden Repression und dem sprunghaft angestiegenen Ausbau des repressiven Instrumentariums. Danach haben wir auch die Beiträge ausgewählt.

Zuerst wurde von uns noch einmal allgemein auf die §§ eingegangen. Das besondere an ihnen ist, daß sie nicht konkrete Handlungen unter Strafe stellen, sondern schon die Erörterung der Notwendigkeit und Möglichkeit bestimmter Widerstandsformen. Sie sind durch unbestimmte Rechtsbegriffe so allgemein abgefaßt, daß sie beliebig weit ausdehnbar sind. Obwohl sie zunächst nur selektiv angewandt werden, dienen sie der generellen Einschüchterung und der Kriminalisierung der gesamten Linken.

In seinem Beitrag stellte Harry Oberländer die §§ ineinen historischen Zusammenhang. Nebendem ,,Republik-Schutz-Gesetz" gab es in der Weimarer Republik ein sogenanntes ,,Schmutz- und Schund-Gesetz", das sich – zum Teil mit den gleichen Begriffen wie in den Maulkorb§§ – gegen die Veröffentlichungen linker Schriftsteller richtete. Eine besondere Methode von Zeitungen, Justiz und Parteien ist es, Darstellungen der Wirklichkeit immer dann eine Verleumdung verfassungsmäßiger Organe zu nennen, wenn eben diese die Verfassung gebrochen haben. Oberländer ging u.a. auch auf die innerstaatliche Feinderklärung ein, die selbst anerkannte Schriftsteller wie Erich Fried und Gerhard Zwerenz als Linksfaschisten oder Wahnsinnige abstempelt.

Rechtsanwalt Düx erklärte die Strategie der Anti-Guerrilla-Politik, die von der Ausschaltung der politischen Verteidigung (VErteidigerausschußgesetz), über die psychologische Kriegsführung (fingierte Bombendrohungen gegen die Bevölkerung, die der RAF untergeschoben werden) bis zur geplanten Vernichtung von Gefangenen (Isolationshaft, Widersprüche beim Tod von Ulrike Meinhof) reicht. Wer dazu mehr wissen will, es gibt eine Broschüre ,,Politische Repression in der BRD".

Der Prolit-Buchvertrieb sagte etwas zu den in der letzten Zeit häufig gelaufenen Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktionen gegen linke Verlage, und den Versuchen, sie durch hohe Geldstrafen bei Verleumdungsklagen kaputtzumachen.

Ein Vertreter der CISNU (iranische Studentenvereinigung) berichtete über die Zusammenarbeit von deutschen und persischen Geheimdiensten bei der Verfolgung persischer Studenten in der BRD. Aufgrund des kürzlich abgeschlossenen Vertrages über den Bau eines Kernkraftwerks gab es zahlreiche Aufenthaltsbeschränkungen und Ausweisungen. Abschließend sagte der Genosse: „Was kann man dagegen machen? Ich möchte davon ausgehen: Eure Freiheit wird zentimeterweise von Euch weggenommen, und dieser Widerspruch ist von Eurem Volk überhaupt nicht bemerkt worden. Deshalb muß man, statt theoretische Sachen zu machen, in die praktische Arbeit reingehen. Wenn als Beispiel Ulrike Meinhof hingerichtet wird, nicht als westdeutscher Beobachter dabei zuschauen, sondern praktisch auf die Straße gehen, und diesen Widerspruch dem Volk zeigen! Das war hier grausam, daß wir aus Mainz und Wiesbaden zusammen nicht einmal hundert Leute auf die Beine gebracht haben. Wenn es heute nur ein Stammheimer Gefängnis gibt, morgen gibt es tausende, und dagegen müssen wir gemeinsam und alle miteinander kämpfen."

Unterstützt wurde die Veranstaltung vom Kölner Volkstheater, die die Beiträge mit Liedern und Sketschen inhaltlich ergänzten. Es waren über 400 Leute gekommen, ein Grund dafür ist sicher die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative, die gezeigt hat, daß es möglich war, eine wenn auch begrenzte Gegenöffentlichkeit über die §§ herzustellen. Ein anderer Grund könnte in der stärker werdenden linken Scene in Wiesbaden, dem entstehen neuer Gruppen und Praxisansätzen liegen. Auch gerade deshalb gibt es zwei Kritikpunkte an der Veranstaltung: 1. Diskussion, 2. Einschätzung der politischen Entwicklung.

Eine Diskussion hat kaum stattgefunden, da sie bis auf zwei Ausnahmen dem KBW überlassen wurde. Fragen wie Betroffenheit von einzelnen oder Gruppen durch die §§, Konsequenzen für die weitere Politische Arbeit wurden nicht geklärt. Daraus, daß es auch auf die anderen Beiträge kaum Reaktionen oder Fragen gab, ist zu schließen, daß der Zusammenhang mit anderen Maßnahmen des Staates nicht deutlich genug geworden ist. Es ist allerdings schwierig, diese Sachen auf einer solchen Veranstaltung zu vermitteln.

Dieser Bericht ist der Wiesbadener Stadtzeitung „Provinz" entnommen. Kontaktadresse: Redaktionskollektiv PROVINZ, Dotzheimer Str. 72, 6200 Wiesbaden, Telefon: 48 836.

STRASSENMUSIKFESTIVAL

KIEL (ID) 1.Juli Vom 11.–13.Juni fand in Kiel ein Straßenmusikfestival statt, an dem sich etwa 50 Musiker beteiligten.

Während des Festivals wurden Unterschriften für die Legalisierung von Straßenmusik gesammelt. 1150 Leute unterschrieben einen Brief mit folgendem Text an den Oberbürgermeister der Stadt Kiel:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!
Hiermit schließe ich mich der Forderung an, daß Straßenmusik in Kiel grundsätzlich erlaubt sein sollte, also auch ohne Wandergewerbeschein und Sondernutzungsgenehmigung und fordere Sie auf, Schritte zu unternehmen, die derzeitig geltenden Gesetze und Verordnungen demgemäß zu verändern.
Hochachtungsvoll."

Auch in der bürgerlichen Presse wurde das Straßenmusikfestival mitsamt seiner Forderung mit sehr positiven Kommentaren bedacht, sodaß man sagen kann, daß das Festival seine Zielsetzung, der Bevölkerung die Musik aufder Straße nahezubringen, erfolgreich vertreten hat.

Es gab nicht nur konzertähnliche Auftritte auf der Straße, sondern auch eine ganze Reihe Sessions zur Freude der Musiker, unter anderem einen ‚kitchenblues' nach dem Frühstück und nach einem ‚Pfefferminztee-Joint' in der Küche einer Wohngemeinschaft, die übers Wochenende zu einem Festivalcafè umfunktioniert worden war.

Ein Höhepunkt des Festivals war das Hinterhofkonzert am Samstagabend, bei dem es zu einer denkwürdigen Bewegenheit kam, denn meines Wissens war es das erste Mal, daß die Polizei mit Musik empfangen wurde. Als nämlich zwei Polizisten auftauchten, die – wie sie sagten – über Funk „eingeladen" worden waren, fingen die Leute spontan an zu singen:
„Jupheidi Jupheida – Hausdurchsuchung Razzia
Jupheidi Jupheida – Sie sind wieder da".

Das nächste Straßenmusikfestval kommt bestimmt!
Darüber waren sich die meisten Leute einig. Ferner hatten einige Leute Lust, auch mal so'n Festival zu machen. Daher hat das Straßenmusikfestivals-Komitee beschlossen, eine Dokumentation über die bisherigen Festivals (neben dem in Kiel gab es bereits 1973 eins in Göttingen und 1975 eines in Lübeck) herauszugeben, die gleichzeitig dazu antörnen soll, weitere Straßenmusikfestivals zu veranstalten. Neben Tips, Liedern und Fotos wird die Dokumentation auch eine Menge Adressen erhalten, von Musikern, die mitmachen würden und von anderen Leuten, die bei der Verbreitung von Informationen mithelfen würden.

Also, liebe Leute, teilt uns eure Adresse mit, wenn ihr Lust habt, Straßenmusikfestivals irgendwie zu unterstützen. Schreibt ans: Straßenmusikfestival-Komitee, Sophienblatt 26, 2300 Kiel 1."

WDR: SCHWIERIGKEITEN MIT DEM „LINKEN ZUNGENSCHLAG"

KÖLN (ID) 1.Juli Beim Verwaltungsgericht Köln ist ein Prozeß anhängig, in dem ein Redakteur des Westdeutschen Rundfunks vom Gericht die Feststellung begehrt, die am 27.November 1973 um 21 Uhr im Dritten Fernsehprogramm des Westdeutschen Rundfunks ausgestrahlte Sendung „Lieder gegen rechts" verstoße nicht gegen § 4 des Gesetzes über den Westdeutschen Rundfunk.

Am 15.Juli 74 hatte der WDR Verwaltungsrat diesen „Verstoß" bekanntgegeben.
Gegen diesen Beschluß, der noch nicht einmal begründet wurde, prozessiert jetzt der WDR-Redakteur Heinz Trenczak mit Unterstützung der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) im DGB. Im ‚Funk Report' 10/76 wird dazu gesagt:

In der Sendung „Lieder gegen rechts" wurden mehrere Songgruppen mit ihren Liedern vorgestellt und erläuternde Kommentare gegeben. Da es sich, wie der Titel der Sendung ausweist, um Lieder gegen rechts handelt, ist es selbstverständlich, daß die vorgestellten Songgruppen ‚Linke' Gruppen sind. Eine Nürnberger Songgruppe singt z.B. ein Lied von Georg Herwegh aus dem Jahre 1863 in einer Neufassung von Peter Hacks, in dem sie die hohen Mieten, die Umweltverschmutzung und andere erkannte Mißstände kritisiert.
Eine andere Songgruppe stellt sich selbst vor mit dem Text, in dem es unter anderem heißt, Bayern habe noch eine wirkliche Liedertradition und sie baue auf dieser Tradition auf. Der Kommentator der Sendung stellt diese Songgruppe „wohlwollend" vor. Das gleiche gilt auch für die Hamburger Liedermacher und die Hamburger Songgruppe, die ebenfalls, wohlwollend kommentiert, vorgestellt werden. Die Hamburger Songgruppe wird mit einem Lied von Eisler und Brecht ‚Die Resolution der Kommunarden' vorgestellt.

Alles in allem, so sollte man meinen, eine Informationssendung - ein feature - über linke Songgruppen in der Bundesrepublik. Die Sendung blieb zunächst auch ohne Echo bis etwa 2 Wochen nach der Sendung die ersten Schüsse losgingen. Eine ‚Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit' mit Zentralverwaltung in Amorbach, aber Sitzen in Holland,der Schweiz, England, Frankfreich und Deutschland wendet sich beschwerdeführend an den Verwaltungsrat des WDR.
Eine Zeitschrift ‚Tele-control' greift die Sendung an, ebenso ein ‚Rundblick' – ein Dienst der Bayerischen Wirtschaft – und schließlich am 14.Januar 1974 meldet sich der Bundesminister a.D.Windelen mit der Behauptung, die Lieder seien nicht mehr Satire, sondern ‚üble Hetze' und der Kommentar sei nicht genug distanziert.

Herr Windelen erreicht es dann, daß der Verwaltungsrat des Westdeutschen Rundfunks in einer Sitzung nach Diskussion festellt, die Sendung verstoße gegen § 4 des Gesetzes über den Westdeutschen Rundfunk. Diese Feststellung ist bis heute nicht begründet worden.

Man könnte an dieser Stelle aufhören und in das allgemeine Lamento darüber einstimmen, das Pendel in der Bundesrepublik sei nach rechts ausgeschlagen. Alles, was von links kommt, wäre verteufelt. Die Pressefreiheit, die Freiheit der Berichterstattung sei in Gefahr. Der Bürger würde das mehr oder weniger gelangweilt lesen – zur Kenntnis nehmen und zur Tagesordnung zurückkehren.

Die Problematik, die sich hier darstellt, ist ernster. Es geht nicht um die Frage, ob Zensur ausgeübt wird oder werden soll oder auch nur beabsichtigtist. Die Sendung wurde ausgestrahlt. Die Sendung stellt sich der Kritik und hat sich auch der Kritik zu stellen. Das gefährliche an der Reaktion liegt auf einer ganz anderen Ebene.
Der Verwaltungsrat, der beschlossen hat, diese Sendung verstoße gegen § 4 des Rundfunkgesetzes, hat gleichzeitig geschlossen, der Bürger – der Fernsehzuschauer und Radiohörer – habe nicht das Recht auf Information über das, was die politische Linke an Agitation vorstellt.

Wenn diese Meinung sich durchsetzt und wenn diese Methoden Schule machen, dann bedeutet das die Verkehrung des Auftrages der öffentlich-rechtlichen Rundfunktanstalt. Dann bedeutet das, daß vor lauter „Ausgewogenheit" kein linker Zungenschlag mehr in die Rundfunksendung geraten kann."

WER ARBEITET AUF DEM GEBIET REVOLUTIONÄRER KUNST ?

STUTTGART (ID) 29. Juni

Einige Stuttgarter Genossen haben uns folgenden Aufruf zugeschickt:

„Wir haben Kontakt zu einer Gruppe von Malern (Künstlern) aus Palästina (palästinensisch-arabischen Ländern). Sie haben bis jetzt nur in Frankreich gearbeitet, hier Ausstellungen organisiert und eine Reihe von Salons (Zentren, und Läden) quer durch Frankreich auf die Beine gestellt, ferner gab es auf ihre Initiative hin an der Pariser Uni einen Plästina-Tag. Aus Kontakten mit italienischen Genossen resultierten in jüngster Vergangenheit Ausstellungen in Mailand, Florenz und Rom.

Diese Gruppe hat ein Interesse auch mit Genossen aus Deutschland zusammenzuarbeiten, wobei wir sagen können, daß das Selbstverständnis dieser palästinensichen Künstler sich nicht darin erschöpft, nur das Organisieren von Ausstellungen zu betreiben. Ihre Salons in Frankreich stehen im Augenblick besonders unter den Attacken der Bullen (Hausdurchsuchungen, Festnahmen, Terror), gerade weil sie sich zu Zentren entwickelt haben, die weit über das rein „künstlerische" Moment rausgehen.

Konkrete Fragen, die diese Gruppe an uns gerichtet hat: wo, wann, wie (unter welchen Bedingungen) kann man hier in der BRD, wobei uns das Verbot der Gups und Gupa noch gut in Erinnerung ist, regional oder national einen Palästina-Tag veranstalten; wer hat Interesse, daran mitzuarbeiten?

Wer Interesse hat, wende sich an: *Solidaritätskomitee, Staffelstraße 1, 7000 Stuttgart 1.* Wir leiten dann die Schreiben weiter. Am besten ist es, wenn Interessenten gleich französisch oder englisch schreiben: wer nur deutsch kann, der sollte sich von vornherein einen Übersetzer organisieren, weil wir diese Funktion mal nicht übernehmen können und die Plästinenser auch keine Möglichkeit haben, in Frankreich übersetzen zu lassen."

ZU ID 131: DIE GUTEN RATSCHLÄGE FÜR VIDEOFREUNDE SIND QUATSCH

FRANKFURT (ID) 30. Juni

Die „guten Ratschläge für Videofreunde" im ID 131 stellen sich als wenig brauchbar heraus. Jeder Videofilmer müßte eigentlich wissen, daß seine Kamera eine Bildaufnahmeröhre hat, das sogenannte Vidi con. Das gleiche Ding, villeicht in anderer Bauart ist in jeder Fernsehkamera. Natürlich geht das Vid con kaputt, wenn mans direkt ins Licht hält, aber um die Bildaufnahmeröhre funktionslos zu machen, müßte man direkt in einen Scheinwerfer halten. Die ganze Bildfläche muß zerstört werden. Auch dies dauert seine Zeit.

Beim Einspiegeln mit einem Taschenspiegel wird nur ein Punkt auf der Röhre verbrannt, der Rest funktioniert weiter. Mit der Zeit wird allerdings der Kontrast schwächer, am ende ist sie nicht mehr zu gebrauchen, Das heißt nicht, daß das Material, das damit aufgenommen wurde, nicht elektronisch aufbereitet werden könnte.

Sollte jetzt einer „spiegeln", so ist der Spiegler auf dem Band, der Spiegel blinkt auf – der Täter ist schon identifiziert. Unser Videofreund ärgert sich nur über den schwarzen Punkt, der nun immer im Bild ist, ansonsten kann er unbedenklich weitermachen und dem Spiegler ein hämisches „Ätsch-Bätsch" mit eventuellen Nachwirkungen zurufen.

Was allerdings ein Problem für alle Videofreunde werden könnte ist der sogenannte Magnetismus: die Feldlinien bringen die Elektronenstrahlen, auch die Aufnahmeröhre ganz schön durcheinander. Solange abernoch kein Videofeind herausgefunden hat, wie er die Feldlinien dahin bringt, wo er sie hinhaben will, kann für alle Videofreunde Entwarnung verfügt werden.

BRIEF AUS DEM KNAST AN DEN MINSITER: MIT HALBWAHRHEITEN AN DEN FAKTEN VORBEIGEMOGELT

ASCHAFFENBURG (ID) 25. Juni

Der Gefangene Peter Milberg war am Streik in Preungesheim beteiligt (siehe ID Nr. 126).

Seither wird er ständig verschubt: Preungesheim, Schwalmstadt, Preungesheim, Aschaffenburg. „Wie es weitergeht, weiß ich noch nicht. Ich betrachte das so quasi als Informationsrundreise...", schreibt er in einem Brief. Beigelegt war die Abschrift eines Schreibens vom 20.Juni an den hessischen Minister der Justiz, in dem es unter anderem heißt:

„Über das, was in Preungesheim geschehen ist, was Ursache für unseren Streik war, haben Sie die Öffentlichkeit auf das abgebrühteste belogen - mit Halbwahrheiten operierend sich an den Fakten vorbeigemogelt. Am Grab des Herrn Künkeler haben Sie dann wieder starke Sprüche geklopft - wo waren Sie eigentlich, als all die Gefangenen, die an Ihrem Knast teilweise elendig verreckt waren, beerdigt wurden? Wer hat an deren Grab starke Worte zum Thema Sicherheit der Gefangenen vor der Unmenschlichkeit des Knastes abgelassen? Mehr als 10 Gefangene sind in diesem Jahr bereits im hessischen Vollzug „Selbst "morden zum Opfer gefallen/ weitaus über 60 Selbstmordversuche lassen sich nachweisen! Wer war auch nur bereit, die oft merkwürdigen Todesumstände gründlich zu untersuchen? Bei Herrn Künkeler wurde ad hoc eine Sonderkommission eingesetzt - wo bleiben die Sonderkommissionen für all die Gefangenen? Wer Klärt die Umstände auf, unter denen Gefangene mißhandelt wurden? Wer klärt endlich mal ein paar der vielen Todesfälle um den Anstaltsarzt Dr. Maykämper (wie z.B. den Tod von Alfred Brunkhardt)? Gegen Beamte, die mit Gefangenen Geschäfte gemacht haben sollen, hat man sofort eine Spezialtruppe parat, aber den Vorwürfen der Gefangenenmißhandlung geht kein Beamter nach! Na, die „Starke-Mann-Pose" macht sich am Grab eines Anstaltsleiters nun mal gut/besser als am Grab eines Knackis - eines Menschen zweiter - oder gar dritter? - Klasse!

Sie haben öffentlich behauptet, unser Streik sei gesteuert worden; Siehaben weiterhin behauptet, 15 von uns seien Rädelsführer gewesen. Enthielten diese Thesen auch nur ein Körnchen Wahrheit, wäre es gemäß dem Legalitätsprinzip zwingend gewesen, uns anzuzeigen und ein Verfahren gegen uns einzuleiten. Wenn Sie nichts zu verbergen haben, dann lassen Sie ein öffentliches Verfahren zu! Lassen Sie einmal denen die Möglichkeit, in deren Namen ja angeblich all das passiert, sich im Rahmen eines Strafverfahrens zu informieren. Sie und Ihre Unwahrheiten werden durch hohe Mauern und eine strikte Zensur geschützt - solchen Schutz sucht nur derjenige, der ihn benötigt! „Öffentlichkeit ist der ärgste Feind der Folter"; weil Sie das so gut wissen, wie wir, kneifen Sie.
Sie können die Öffentlichkeit belügen/
Sie können weiter foltern/
Sie können weiter Gefangenenmißhandlungen dulden/
Sie können noch Gesetze brechen/
aber wir werden Menschen sein!"

Peter Milberg erhielt am 15.Juni einen Beschluß der 4.Strafkammer am Landgericht Frankfurt, die dadurch folgende „vorläufig angeordneten Sicherheitsmaßnahmen des Leiters der JVA Schwalmstadt" genehmigt:

a) der stregen Einzelhaft, während der der Gefangene von anderen Gefangenen dauernd getrennt zu halten und streng zu bewachen ist;
b) des Verbots der Teilnahme an gemeinschaftlichen Veranstaltungen (einschließlich gemeinschaftlicher Gottesdienst und Hofgang);
c) der Versagung bzw. Entziehung der Selbstbeköstigung;
d) der Versagung bzw. Entziehung der Befugnis, eigene Kleidung und Bettwäsche zu benutzen;
e) des Verbots des Überlassens von Stücken der Habe;
f) der verstärkten Durchsuchung des Gefangenen, seiner Sachen und seines Haftraums:
g) der Fesselung bei allen Vorführungen außer Haus.

Zu diesem Beschluß („Eine Entscheidung über die Fortdauer dieser Maßnahme war nicht erforderlich, da der Angeklagte am 3. Juni 1976 in die JVA ! Ffm-Preungesheim und von dort am 9.Juni indie JVA Aschaffenburg verlegt wurde.") und zur JVA Aschaffenburg schreibt Peter Milberg:

".... interessant war für mich dabei, daß man sowas nicht mal mehr begründen muß. Früher haben sie mal reingeschrieben:"wegen agitatorischen Verhaltens" aber hinterher konnte der Anstaltsleiter nicht erklären, was das ist; vielmehr ist das jetzt der Grund, warum sie so gar nichts mehr begründen,ich weiß nicht?
Hier in Bayern ist das alles sehr viel praktischer. Da ist der "Vorstand" der Anstalt gleich ein Oberstaatsanwalt. Da gibt es gleich gar keine Mißverständnisse. Freizeit gibt es eh nur für die Leute, die arbeiten. Als Arbeit wird die Fertigung von Steckern angeboten; man muß 500 Stecker am Tag machen. Da ich der intellektuellen Anforderung , die hinter dieser Arbeit steckt,nicht gewachsen war, hab ich lieber die Finger davon gelassen, man will ja nix falsch machen! Wer nicht arbeitet sitzt 23 Stunden am Tag auf der Zelle, einen Tag in der Woche ausgenommen, da darf man fernsehen, aber ich hab natürlich Fernsehsperre, warum? Das weiß ich auch alles nicht! Angeblich gibt es da nen Gerichtsbeschluß, aber weil hier alles sehr viel praktischer ist erfährt man von solchen Gerichtsbeschlüssen erst gar nichts. Da kommt man auch nicht in die Verlegenheit, sich zu beschweren; solche Formalitäten wie z.B. "rechtliches Gehör", das kann man getrost vergessen.Mit derart banalen Kinkerlitzchen schlägt sich hier kein Mensch rum. Alles in allem gefällt mir das Bayern, es hat den Vorteil ehrlicher zu sein, wo in Hessen noch so getan wird, als ob, da trägt man hier längst keine Maske mehr, man ist halt im "Freistaat" Bayern, das ist wahr, der Staat ist hier wirklich schön frei!
Wer Sensibilität in Seppelhosen noch nicht erlebt hat, dem bleibt ein Ausflug nach Bayern zu wünschen!
In diesem Sinne Freiheit/Liebe".

PRESSE KONFERENZ DER VERTEIDIGER DER VERHAFTETEN GEFANGENENRATS-MITGLIEDER, DES GEFANGENENRATS UND DES UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSSES BUTZBACH

FRANKFURT (ID) 1. Juli Heute fand eine Pressekonferenz der Verteidiger der am 3. Juni 1976 in Frankfurt verhafteten Gefangenenratsmitglieder Ulla Halbekann, Wolfgang Wraase und Franz Jörges und der im Dezember 1975 verhafteten Gefangenenrats-Mitglieder statt. Ihnen wird vorgeworfen, Beihilfe zum Mord an Anstaltsleiter Künkler geleistet zu haben. Aktueller Anlaß für diese Pressekonferenz waren die Haftprüfungstermine von Ulla und Franz, die am Dienstag, 29. Juni, begannen und am Freitag, 2. Juli, fortgesetzt werden. Die Verteidiger berichteten während der Konferenz über die Aussage des einzigen Belastungszeugen, Günther Gerlach. Gerlach, der sich durch seine belastenden Aussagen, in denen er dem Gefangenenrat Planung des Mordes an Künkler vorwarf und durch sein Versprechen, als V-Mann zu agieren, freikaufte, widerrief am 7. Mai diese Aussage /siehe ID 131. Gerlach, der inzwischen wegen irgendwelcher Autogeschichten wieder einsitzt, belastet nun erneut Mitglieder des Gefangenenrats. Was er aber genau aussagte, ist nicht bekannt, da die Staatsanwaltschaft den Verteidigern bisher Akteneinsicht verweigerte. Das einzige Bruckstück seiner Aussage, das bis jetzt bekannt ist, ist die Behauptung, während seines Sozialurlaubes vom 8. 6. bis 18. 6., hätten in der Wohnung von Wraase und Halbekann konkrete Vorbereitungsgespräche zu diesem angeblichen Mord stattgefunden. Dabei soll Gerlach noch erwähnt haben, daß während der ersten fünf Tage seines Urlaubes, also bis zum 13. 6. nichts derartiges passiert wäre. Järges allerdings, der durch Gerlach belastet wird, ist bereits am 11. 6. mit seiner Mutter zu seiner Schwester nach Rom geflogen. Welchen Wert die Aussagen des Zeugen Gerlach haben, ist Staatsanwalt Winkel bekannt; so teilte er Rechtsanwalt Hofferberth in einem Gespräch auf dem Gang mit, daß gegen Franz J. nichts vorliege, er müsse nur reden, dann käme er heraus. Hofferberth solle dafür sorgen, daß Franz endlich einen anständigen Verteidiger bekäme und den Knöss fallen lasse, damit er rede. (Dieselbe Empfehlung gab er der Mutter von Jörges und Franz in einem anderen Fall bezüglich des Rechtsanwaltes Koch).
Dieser Affront des Staatsanwaltes Winkel gegen die Verteidiger und seine Einschätzung des Zeugen Gerlach charakterisiert sich in folgendem Vorfall:

Ein Taxifahrer bezeugte, er habe abends einen Fahrgast mit Fahrtziel Karben aufgenommen. Während der Fahrt habe der Gast allerdings sein Vorhaben geändert und das Taxi zu einer Kneipe geordert, wo er den Fahrer zum Trinken einlud. In der Gaststätte entpuppte der Gast nach mehreren Whiskeys seine Identität, indem er sagte, er sei Staatsanwalt Winkel, was er durch mehrere Ausweispapiere belegte. Er prahlte, er sei der Leiter der Ermittlungen gegen den Gefangenenrat. Dabei erwähnte er z.B., daß man die Zelle des Günter Hanisch nicht durchsucht hat, – entgegen entsprechenden Pressemitteilungen – „ In diesem Gewächshaus hätte man ja jeden Blumentopf einzeln umtopfen müssen". Außerdem hätte er viel lieber einen unbescholtenen Mann, wie dies der Taxifahrer wohl sei, als Belastungszeugen und er sei unzufrieden über den dubiosen Gerlach. Während dieses ausgelassene Gespräch mit dem Taxifahrer und mittlerweile zwei weiteren Leuten stattfand, lag Winkels Aktenmappe im unverschlossenen Taxi, wo sie im übrigen auch später liegen blieb, so daß Winkel sich nur dank der Ehrlichkeit des Taxifahrers im Besitz seiner – den Verteidigern gegenüber so sorgfältig geheimgehaltenen – Ermittlungsakten im Fall Gefangenenrat befindet. Nach diesem Gaststättenaufenthalt ließ sich Winkel ins „ la femme" in Dortelweil fahren, um dort seine kommunikativen Vergnügungen fortzusetzen.

Genauso merkwürdig waren die Methoden des Haftrichters Ringk, der die vollständige Aussage Gerlachs nicht verlesen wollte, weil er nicht wüßte, ob der Staatsanwalt ihm dies erlaube. (Ein gleißendes Beispiel für „richterliche Unabhängigkeit".) Ferner ließ Richter Ringk bei der Haftprüfung von Ulla keine Zeugen über die Glaubwürdigkeit des Kronzeugen Gerlach zu, während er eine halbe Stunde später für den zweiten Termin der Haftprüfung von Jörger am Freitag solche Zeugen zuließ.

Das Ergebnis der Haftprüfung von Ulla wird am Dienstag, den 6. Juli, entschieden, die Haftprüfung von Franz am Freitag fortgesetzt, und die von Wolfgang Wraase beginnt am Freitag.

Neben den Verteidigern nahm auch der Gefangenenrat und der „Untersuchungsausschuß Butzbach" an der Pressekonferenz teil, die dort ihre Absicht, die Öffentlichkeitsarbeit des Gefangenenrates fortzusetzen, äußerten. Mit der Pressekonferenz wurde der Versuch unternommen, die unmöglichen Verfahrensmethoden der Justiz in diesem Fall öffentlich zu machen und damit den politischen Machtkampfcharakter dieses Verfahrens verständlich zu machen.

AMTLICHES KLOPAPIER

WESTBERLIN (INFO BUG/ID) 28. Juni

„Gestern besuchte ich hier einen Freund. Bei ihm im Zimmer lag auf dem Boden ne Rolle Klopapier. Das ist weiter nichts besonderes, aber bei dieser Rolle stand auf jedem Blatt dick draufgedruckt: *Amtsgericht.* Sowas hatte ich noch nie gesehen. Scheinbar ist diese Maßnahme notwendig, damit die bei Gericht arbeitenden Beamten und Angestellten sowie die Richter kein Klopapier mit nachhause nehmen. Ich weiß nicht, ob das bei euch genauso ist. Aber wenn, schlage ich vor, diese Rollen zu besorgen und in den linken Buchläden zu verscherbeln, die Rolle vielleicht zwei Mark und das Geld zur Knastarbeit zu verwenden. Ich jedenfalls kenne viele, die sich damit liebend gern den Arsch abwischen. Euer Ruhrpott-Ede."

NEGER KÜSSE – BANK UND GERECHTIGKEIT

MÜNCHEN (ID/BLATT) 1. Juli

Zwei Münchner sind derzeit eines schrecklichen Verbrechens angeklagt:

Sie sollen am 1. 8. 1975 in eine Münchner Bank eingedrungen sein und an die versammelte Kundschaft Negerküsse, Mohrenköpfe und Flugblätter verteilt haben. Während die Süßwaren für sich selbst sprachen, stand in den Flugblättern, umrahmt von zwei Zeitungsausschnitten aus der Frankfurter Rundschau „Mit „revolutionären Negerküssen' auf Bankraub" und 2 Zeichnungen aus dem Münchener Weltblatt „BLATT" zur Negerkußproblematik, auszugsweise folgendes:
„Auch der ayrische Bankkunde darf das Gefühl nicht missen, künftig mit Negerküssen bewirtet zu werden. Die Bewegung 2. Juni machte den Anfang. Ein Beispiel, dem wir folgen müssen. Verantwortlich: Bewegung 32. Juli".
Diese Untat ahndete das Münchner Amtsgericht mit einer Geldstrafe von DM 6.1o6,--.

In der folgenden Verhandlung stellte der Amtsrichter Dr. Meyer fest, daß hier ein „politisches Happening" vorliegt, bei dem die beiden Räuber jedoch „keinerlei eigenes künstlerisches Schaffen an den Tag gelegt" hätten, so daß von „satirischer Kleinkunst" keine Rede sein könne. Er verurteilte unsere Räuber zu 2.5oo,--DM Geldstrafe und zeigte den beiden verhinderten Happening-Künstlern im Urteil, was wahre 'satirische Kleinkunst' ist. Wir zitieren zur Erbauung unserer Leserschaft hieraus wortwörtlich ohne irgendwelche grammatikalische oder sinnherstellende Änderungen: „Unter Bezugnahme auf die Berichte über Bankraub in Berlin drückt eine HOCHACHTUNG für diese Straftaten aus, welche eine BILLIGUNG darstellt, wobei das Gericht in der AUFFORDERUNG, dem Beispiel zu folgen, eine rhetorische Verstärkung der BILLIGUNG sieht, eine rhetorische Verstärkung, die bei besonderer HOCHACHTUNG für eine Tat in der deutschen Sprache üblich und in Dialekten, so dem bayrischen Dialekt, besonders häufig ist.

Gleichzeitig konnte das Gericht in dieser AUFFORDERUNG zur Begehung einer Straftat sehen, da in dieser AUFFORDERUNG das Gericht nur und ausschließlich die Verstärkung und BILLIGUNG der bezeichneten Straftat gesehen hat. Die Angeklagten waren deshalb, sie waren gemeinschaftlich tätig geworden auf Grund gemeinschaftlichen Tatentschlusses und gemeinsamer Tatausführung, wegen eines gemeinschaftlich begangenen Vergehens der öffentlichen Billigung von Straftaten zu verurteilen, denn durch gemeinschaftliches Vorgehen der Angeklagten beruht darauf, daß das Verteilen von Negerküssen einerseits und das Verteilen von Flugblättern der bezeichneten Art andererseits alleine den gewünschten Zweck, die Beunruhigung der Bankkunden, nicht erreicht hätte, sondern erst durch das gemeinschaftliche Vorgehen der Angeklagten in ihren Augen sinnvoll wurde. Demgegenüber sprach auch gegen die Angeklagten, daß sie unter Bezugnahme auf Banküberfälle in einer Bank tätig geworden sind und so zu einer erheblichen Verunsicherung von Bankpublikum beigetragen haben."

Es ist höchst erstaunlich, zu welcher künstlerischen Leistung die doch als humorlos und bierernst verschrienen Münchner Amtsrichter fähig sind. Dies ist wahrhaftig Kleinkunst in Vollendung.

Zur Förderung dieses satirischen Talents in der Robe hat sich die BLATT-Redaktion entschlossen, dem Münchner Amtsrichter Dr. Meyer einen GOLDENEN MOHRENKOPF zu verleihen. Im Beiprogramm dieses Festaktes am 12. Juli steht noch die Berufungsverhandlung gegen das Räuberduo an.

FAHNDUNGSAKTION BESTÄTIGT NICHT ERKENNTNISSE ÜBER ANARCHISTEN

FRANKFURT (ID) 1.Juli

Ab 6.00 Uhr des 29.Juni wurden von der Abteilung TE (Terrorismus) in Frankfurt mehrere Wohnungen (lt. FAZ 13) durchsucht. Die Durchsuchungen standen angeblich im Zusammenhang mit dem jüngsten Bombenanschlag auf das IG Farben-Haus. Die Begründungen für die Durchsuchungen lesen sich so:

„Der Ermittlungsrichter des BGH, Karlsruhe, den 25.Juni 1976

Beschluß

In dem Ermittlungsverfahren gegen ... wegen Verdachts des Vergehens nach § 129 StGB u.a. wird auf Antrag des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof die Durchsuchung der Wohnung und der anderen Räume der/des Beschuldigten,ihrer/seiner Person und der ihr/ihm gehörenden Sachen angeordnet.

- §§ 102, 105 StPO -

Gründe:

Nach dem bisherigen Stand der Ermittlungen besteht der Verdacht, daß die/der Beschuldigte mit anderen Personen eine Kriminelle Vereinigung im Sinne des § 129 StGB gegründet und als Mitglied einer solchen Vereinigung ein Verbrechen nach § 311 StGB (Sprengstoffvergehen,die Red.) in Tateinheit mit einem Vergehen nach § 223a StGB (=schwere Körperverletzung) begangen hat.

Am 1.Juni 1976 detonierten im Hauptquartier des 5.US-Armee-Korps in Frankfurt (M) (sog.IG-Farben-Hochhaus) zwei Sprengkörper. Hierdurch wurden 16 Personen verletzt, davon drei Personen schwer. Es entstand ein erheblicher Sachschaden.

Für den Sprengstoffanschlag hat sich durch Bekennerbrief an die ‚Associated Press' (= AP) und ‚Deutsche Presse-Agentur' (= DPA) in Frankfurt (M) am 2.Juni 1976 eine „Revolutionäre Zelle – Brigade Ulrike Meinhof" (= RZ) verantwortlich erklärt.

Die/Der Beschuldigte soll die „Revolutionäre Zelle", deren Mitglieder verdächtig sind, den erwähnten Sprengstoffanschlag begangen zu haben, gegründet haben und ihr angehören.

Nach dem Stand der bisherigen Ermittlungen ist zu vermuten, daß die Durchsuchung zur Auffindung von Beweismitteln führen wird.

Boujong
Richter am Bundesgerichtshof"

So weit die amtliche Begründung. Es fällt auf, daß diese ungeheuren Verdachtsmomente nicht begründet sind. Hinzu kommt, daß nach unseren Informationen die Hälfte der Durchsuchungen in Abwesenheit der Wohnungsinhaber stattfanden, da diese sich im Urlaub befanden.

Bei der Hälfte der Durchsuchten steht die Aktion offensichtlich in einem anderen Zusammenhang. Das Stichwort heißt 'Winterreise'. Daß diese Aktion ein Schlag ins Wasser war, ist längst bekannt – für jeden. Die Haftbefehle sind zum Teil aufgehoben, einige Verfahren eingestellt, noch keine einzige Anklage erhoben. In allen Fällen wird noch nach 1 1/2 Jahren Akteneinsicht verweigert.

Die Beschuldigungen sind unmöglich aufrecht zu halten. Die Lösung heißt: die ganze Chose muß im Sande verlaufen, bzw. es müssen neue kriminelle Vereinigungen erfunden werden. Bei 3/4 der jetzt beschuldigten Leute wurde also schon einmal vergeblich eine kriminelle Vereinigung gesucht.
Und liest man die neuen schweren Beschuldigungen, stellt man fest, daß diese in krassem Widerspruch zu der Begründung des BKA steht, die man am 30.Juni in der FAZ nachlesen konnte. Dort heißt es:

„FAHNDUNGSAKTION BESTÄTIGT ERKENNTNISSE ÜBER ANARCHISTEN
Eine bundesweite Fahndung nach Terroristen in der Nacht zum Dienstag mit dem Schwerpunkt im Rhein-Main-Gebiet hat am Dienstag die Erkenntnisse des Bundeskriminalamtes bestätigt, wonach sich die bisher nicht gefaßten, dem kriminalpolizeilichen Erkennungsdienst zumeist aber bekannten Anarchisten im Bundesgebiet nach Art der Geheimnisträger von Sicherheitsdiensten organisieren. (...) Insgesamt dürfte die Frankfurter Fahndung zunächst nicht zu spektakulären Festnahmen führen. Das sichergestellte Material und die Spuren lassen jedoch zurückliegende Fahndungsergebnisse aus anderen Städten in einem ganz anderen Licht erscheinen und führen dadurch nach Überzeugung der Kriminalpolizeistäbe des Ressorts Terrorismus mit Sicherheit näher an die Täter heran. Im Bundeskriminalamt in Wiesbaden wurde es am Dienstag als wichtig veranschlagt, daß endlich wieder S p u r e n (Betonung durch ID) gesuchter Terroristen aufgenommen werden konnten. (...)" (FAZ vom 30.6.76.



CIA IN WESTDEUTSCHLAND UND ANDERSWO (II)

FRANKFURT (ID) 1. Juli
Wir haben mit den ehemaligen US-Agenten Gary Thomas, Winslow Peck und Barton Osborn über ihre Erfahrungen in US-Geheimdiensten gesprochen. (siehe ID 131). Wir werden ihre ausführlichen Berichte in den nächsten ID-Nummern veröffentlichen. Hier zunächst Gary Thomas:

Zu seiner Tätigkeit als Geheimdienstler in der BRD

Ich arbeitete in Westberlin nicht für den CIA – aber wir arbeiteten mit ihm zusammen. Ich arbeitete dort beim „military intellegence detatchment". Das war eine Geheimorganisation. Wir wurden als Zivilisten geführt, waren aber Militärs. Das war wohl ein Verstoß gegen das Viermächteabkommen, da die Zahl der Soldaten in Westberlin peinlich genau bemessen ist.

Wir hatten zwei Funktionen: 1. Agenten in den Osten zu schleusen – die klassische Spionagearbeit und 2. dem BND und BFV in ihren Gegenspionage-Aktivitäten zu helfen. Das heißt, wir hielten Ausschau nach Radikalen in der Freien Universität, wir halfen beim Abhören von Telefonen von Amerikanern und Deutschen. Einer Vereinbarung zufolge zwischen den USA und der BRD mußten derlei Aktivitäten von deutschen Stellen ausgeführt werden, die Amerikaner halfen im Hintergrund dabei. Die Deutschen hatten und haben hier die Schmutzarbeit für die Amerikaner zu machen.

Da gibt es zum Beispiel gerade einen Prozess vor dem amerikanischen Bundesgericht: eine Gruppe Amerikaner haben das US-Verteidigungsministerium angeklagt. Sie unterstützten als „Berlin Democratic Club" den demokratischen Präsidentschaftskandidaten George McGovern. Aus diesem Grund allein wurde ihre Post geöffnet, ihre Telefone abgehört, die Mitglieder des Clubs überwacht; eine ganze Reihe illegaler Aktionen wurden gemacht. Dafür muß sich jetzt das Verteidigungsministerium verantworten. Die betroffenen Amerikaner können nicht die Bundesregierung verklagen, obwohl zweifelsohne bei diesen illegalen Manövern deutsche Geheimdienststellen mitgemischt haben. Derlei Machenschaften können nur mit deutscher Hilfe geschehen.

Da gibt es in Heidelberg einen Computer, der CIR (Centre Index Registry) genannt wird. In ihm sind Geheimdienst-Informationen und Angaben über Personen – Deutsche wie Amerikaner – gespeichert. Dieser Computer wird als Datenbank für Geheimdienstberichte ausgebaut.

Während meiner Berliner Arbeit in einer Geheimeinheit war ich hinter einer dicken Stahltüre in einem Büro mit sogenannter „Quellenforschung" beschäftigt. Dieses Büro war über und über voll mit Karteien. Wenn irgendeine Geheimdienstorganisation, amerikanisch, britisch, französisch oder deutsch etwas über eine bestimmte Person wissen wollte, hat sei bei uns angefragt. Wenn wir etwas über die Person in unserer Kartei hatten, gaben wir's weiter. Wir waren da immer sehr großzügig, egal für was die Organisation oder die jeweilige Regierung die Auskunft wollte.

Das Berliner Dokumententen-Zentrum

Im Berliner Dokumentenzentrum sind alle Entnazifizierungsfälle aus dem 3. Reich registriert. Diese Dokumente sind ausschließlich Amerikanern zugänglich. Sollte irgendjemand eine Machtposition anstreben, der von den Amerikanern nicht erwünscht ist, so können ihn die Amerikaner mittels dieser Kartei erpressen. Über dieses Dokumenten-Zentrum ist die USA in der Lage, die personelle Zusammensetzung der Regierung der Bundesrepublik zu kontrollieren.

Soviel ich aus eigener Erfahrung weiß, sind Radikale in Berlin nur überwacht worden – daß Organisationen von unserer Seite aus unterwandert worden sind, mag zwar auch geschehen sein , aber eigentlich glaube ich nicht daran – Amerikaner sind viel zu leicht als solche auszumachen. Dafür wurden normalerweise Mitglieder deutscher Geheimdienste herangezogen. Wir stellten nur unsere Logistik, unsere technische Ausrüstung wie Mikrophone etc. zur Verfügung. Der technologische Stand der Spionageausrüstung ist sehr hoch, nach Angaben von Phil Agee werden die technischen Geräte in Camp King, Oberursel, hergestellt.

Gehlen und CIA

Gehlen war solch ein starker Anti-Kommunist, daß er sich den Amerikanern verkaufte, sich und seine spezifische Geheimdienstarbeit. Die USA waren so fanatisch anti-kommunistisch, daß sie sich nichts darausmachten, wenn der CIA oder Gehlen ehemalige SS- und Gestapo-Leute beschäftigten. Dies passierte reichlich oft. In den Vor-BND-Zeiten arbeiteten in Pullach (Stützpunkt des Bundesnachrichtendienstes, d. Übers.) Amerikaner und Gehlen-Leute Seite an Seite. Gehlen hatte die Vorstellung von einem deutschen Geheimdienst, der für die Amerikaner arbeitet.

Die Geheimdienste BND, CIC und CIA haben alle Emigranten-Organisationen finanziert, Ukrainer, Polen, Ungarn, etc. Mitglieder dieser Organisationen wurden nach Osteuropa, in die

Sowjetunion eingeschleust und verübten dort Sabotage und Morde – Bedeutung erlangt hat dabei eine russische Organisation mit dem Namen NTS, die als Terrosristenorganisation bekannt war, deren Mitglieder vermeintliche Kommunisten umbrachte. Die Regierung operiert mit einer sehr selektiven Definition von Terrorismus. Wenn du für eine anti-kommunistische Gruppe arbeitest wie für die NTS bist du ein Patriot, aber wenn du links bist, bist du ein Terrorist. Der Rechten wird erlaubt terroristisch zu sein, der Linken wird nicht erlaubt, militante Aktionen durchzuführen.

Der Stammheimer Prozeß

In den USA hat es zur Zeit der Anti-Kriegsbewegung viele politische Prozesse gegeben, aber es ist der Regierung nie gelungen, jemand wegen Verschwörung zu verurteilen. Selbst in den USA gibt es noch ein paar Rudimente von Gerechtigkeit: Wenn erwiesen werden konnte, daß Telefone abgehört wurden, daß Spitzel mitgemischt hatten, dann war der Prozeß geplatzt... Ich habe begriffen, daß das in der BRD ganz anders ist. Als ich das Stammheimer Prozeßgebäude sah, war mein erster Eindruck: das könnte von Albert Speer gebaut worden sein. Ich kam mir vor wie bei der spanischen Inquisition. Es ist so überdeutlich, daß diese Richter die Angeklagten schon vorverurteilt haben. Wir wurden durchsucht und mußten viermal die Pässe zeigen. Die Stacheldrahtzäune und Außenmauern haben mich an die Verhör- und Folterzentren in Vietnam erinnert. Das zeigt auf relevante Art, wohin sich die deutsche Gesellschaft bewegt. Außerdem: in einer CIA Schule gab es einen Dozenten, wahrscheinlich war er Osteuropäer, er leitete die Abteilung „psychologische Kriegsführung" und „clandestine Aktionen". Eines der ersten Dinge die er lehrte war, „ es gehört nicht viel dazu, einen Mord wie einen Selbstmord aussehen zu lassen – aber es bedarf einer künstlerischen Hand, ihn zum natürlichen Tod umzustilisieren".

Entwicklung zum CIA - Gegner

Meine Opposition zur amerikanischen Politik entwickelte sich ziemlich langsam. Wir haben das Agentsein erst als ein abenteuerliches Spiel verstanden. In Vietnam jedoch konnten wir sehen, was mit den Informationen, die wir zusammentrugen, tatsächlich geschehen ist. Wir konnten die Folterungen, die Morde, die Verfolgungen mit eigenen Augen sehen. Die Informationen, die wir in Berlin oder Bonn sammelten, hatten kein Flächenbombardement zu Folge ; aber in Vietnam ist genau das passiert; auf die Geheimdienstinformationen folgte direkt eine militärische Aktion. My Lai ist ein Beispiel. Die Aktion gehörte zum CIA Phoenix Programm. Ein Agent sagte, dort seien Vietcong versteckt , und deshalb ging die Army hin und hat den ganzen Ort vernichtet. Ich sah also, da- ich bei einer besonders perfiden Form von verdecktem Völkermord beteiligt war. Das hat mit verändert.

DER STREIK DER GUMMIARBEITER

NEW YORK (GUARDIAN/ID) 26. Mai

Der Streik von 67.000 Gummiarbeitern wird in der BRD vollständig totgeschwiegen. Am 21. April legten die Arbeiter der 4 größten US;Gummikonzerne Firestone, Goodyear, Goodrich und Uniroyal die Arbeit nieder (siehe dazu ID 123). Unsere neuesten Nachrichten aus den USA sind über 4 Wochen alt – hoffentlich trudeln demnächst aktuellere Informationen ein.

Am 26. Mai lief der Streik noch auf vollen Touren: 65 % der gesamten Produktionskapazität der großen Vier lag brach. Durch den Streik mußten 47 Fabriken dicht machen, dadurch bekamen die Autofirmen keine Reifen mehr geliefert. Dies macht sich allerdings erst Mitte Juni bemerkbar, d.h. die Autoproduktion müßte dann schließen, aber schon jetzt werden keine Ersatzreifen mit den Autos mehr mitgeliefert. Fabriken, in denen die Gewerkschaften keine Mehrheit unter den Arbeitern haben, dürfen nicht bestreikt werden, und in mehreren kleineren Unternehmen sind die Arbeitsverträge noch nicht abgelaufen. Die Reifen, die dort produziert werden, werden an den Einzelhandel abgegeben. Die Reifenfirmen haben sich bis jetzt geweigert, mit Gewerkschaftlern zu verhandeln. 1o.ooo „kurzfristig entlassenen" Arbeitern wurde das von der Firma garantierte zusätzliche Arbeitslosengeld gestrichen und viele Betriebe konnten über ihre Anwälte gerichtliche Verfügungen erreichen, durch die Streikpostenverbote durchgesetzt wurden. Die großen Vier haben in dem Rezessionsjahr 1975 einen Profit von über 5oo Millionen Dollar erwirtschaftet. Firestone hat allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres einen Rekord - Profit von 43,7 Millionen Dollar zusammengescheffelt. Da alle vier Unternehmen multinationale Giganten sind, läßt der Streik über die Hälfte dieser Profitquellen unberührt. Insgesamt hatte Firestone letztes Jahr einen Profit von 135 Millionen Dollar, davon kamen 57 Millionen Dollar von den Tochtergesellschaften im Ausland; (außerhalb der USA - Anm. d. Red.), von 11o Fabriken sitzen 6o im Ausland und 35 in der Dritten Welt. Die einzige neue Fabrik, die Firestone letztes Jahr im Ausland aufgebaut hat, liegt in Coquimbo, Chile. Diese Tochtergesellschaft ist 1oo % im Firestone-Besitz und produziert Reifen für den chilenischen Markt. In den meisten ausländischen Fabriken von Firestone gibt es gar keine Gewerkschaften. In Liberien gehören der Firma abertausende von Quadratkilometer Gummibaumpflanzungen – die Arbeiter sind unorganisiert. Der Durchschnittsliberianer verdient 237 Dollar im Jahr, um sich und seine Familie zu ernähren. Die Alterserwartung ist 37 Jahre und 9o % der Einwohner sind Analphabeten.

In den USA hat Firestone 1971 in Nashville, Tennessee eine ganz neue Fabrik gebaut, um eine von der Gewerkschaft eingenommene Fabrik in Akron, Ohio zu ersetzen. (Man unterscheidet zwischen 2 Betrieben in den USA: open shop = offener Betrieb, wo die Gewerkschaft keine Mehrheit unter den Arbeitern hat; und closed shop = geschlossener Betrieb, in dem sich die Arbeiter bei einer Wahl mehrheitlich für die Gewerkschaft entschieden haben.) Seitdem kämpft Firestone aggressiv gegen die Gewerkschaften, um sie aus dem Nashville-Werk rauszuhalten – bis heute mit Erfolg. Von 15 US-Firestone-Reifenfabriken sind nur 1o gewerkschaftsmehrheitlich. Die United Rubber Worker Gewerkschaft hat sich an die Gewerkschaften, die in japanischen oder europäischen Firestone-Fabriken arbeiten, gewandt, um im Falle eines Produktionsanstiegs in diesen Ländern miteinander zu kooperieren. Die Gewerkschaft kündigt zur Zeit einen Boykott gegen Firestone an. Zur Zeit kann man noch nichts davon spüren, aber nach den Erfolgen der Landarbeitergewerkschaftsboykotte kann dieses Mittel sehr effektiv sein. Der Präsident des Konzerns, Robert Riley, schickte nach dieser Ankündigung einen Brief an alle 22.000 Arbeiter und riet ihnen von einem Boykott ab, „da sowas ja eh keinen Sinn habe". Er gab seinen Arbeitern den Ratschlag „ in ihren Forderungen realistisch zu sein, da Firestone sonst wegen der Konkurrenz pleite machen müßte". Ein Boykott ist die mächtigste Waffe der Gewerkschaft ; Firestone produziert 4o % der Fordreifen, 2o % GM-Reifen .....

Die Streikenden müssen mit 35 Dollar Streikgeld in der Woche auskommen; der Fonds aus dem sie bezahlt werden macht aber bis Ende Mai pleite. Auf einer am 27. Mai stattfindenden Tagung der Gewerkschaft wird voraussichtlich beschlossen, daßdie Gewerkschaftsmitglieder, die in anderen Konzernen arbeiten, höhere Beiträge bezahlen müssen (mehr als die Hälfte der 183.000 Gewerkschaftsmitglieder arbeiten in anderen Industriebetrieben). Der Basisdruck ist sehr stark, da die URW nach Ansicht der Arbeiter bei den letzten Verhandlungen 1973 versagt hat. Jener Vertrag schützte die Arbeiter nicht vor der Inflation. Gemessen an ihrer Kaufkraft verdienen sie heute 1.5o Dollar weniger als vor drei Jahren.

AKTION PORTUGIESISCHER KÜNSTLER

FRANKFURT (ID) 23. Juni — Mit selbstgemachten Liedern, Theaterstükken und Plakaten führt seit etwa eineinhalb Jahren eine Gruppe portugiesischer Künstler in Land-Cooperativen und Arbeitervierteln den Kampf gegen die wiedererstarkende Reaktion in Portugal. Die Genossen, von denen einige schon unter Salazar im Untergrund kämpften und jetzt bereits wieder illegal arbeiten müssen, haben sich zur Grupo de Accao Cultural (GAC) zusammengeschlossen. Die GAC ist überzeugt, daß die Aufklärung der Landbevölkerung und Arbeiter zur Zeit wichtiger ist als je zuvor, wenn nicht alle Errungenschaften des 25. April von der Reaktion wieder kassiert werden sollen.

Mit zunehmender Repression in Portugal leidet die GAC an materiellen Schwierigkeiten. Um ihre Arbeit finanzieren zu können, haben die Genossen jetzt eine Langspielplatte mit ihren Agitationsliedern gemacht. Die LP heißt „Pois cante!!". Eine Titelauswahl: „Casas sim! Barracas nao!", „Ir e vir", „Coro dos trabalhadores emigrados", „Olha o sol a por", „A herdade do val fanado". Die inhaltlich, technisch und (Umschlag) grafisch gute LP kostet 24,— Mark, die voll an die GAC gehen.

Die Platte ist in den linken Buchläden zu haben oder über den Fremds prachigen Buch- und Schallplattenvertrieb Dr. Guiseppe Zambon, Leipziger Str. 24, 6000 Frankfurt 90 (Solidaritätsvertrieb).

PARLAMENTSWAHLEN: POLARISIERUNG AUF KOSTEN DER KLEINEN

ROM (ID) 28. Juni — Die ganze bürgerliche Presse und die Reaktionäre kommentieren mit Genugtuung die italienischen Parlamentswahlen vom 21. Juni. Die US- bzw. BR-Imperialisten fühlen sich über die italienischen Wahlergebnisse erleichtert. Das Ziel der italienischen Linken und „extremen" Linken, die Democrazia Christiana (DZ) (DC) zu besiegen, wurde verfehlt. Das Ziel, die Regime-Partei, die Partei der Korruption und des Kapitals, die DC in die Opposition zu drängen und eine Linksregierung des Poder-Popular Typs zu errichten, wurde zur Überraschung aller nicht erreicht. Aber die DC hat die Wahl trotzdem nicht gewonnen; gewonnen hat die KPI: 12,6 Mio Menschen haben diese Partei am 20. - 21. Juni 76 gewählt (1972: 9,0 Mio).

Nato, USA, EG und BRD waren und bleiben in Alarmbereitschaft gegen die italienische Arbeiterbewegung, gegen die autonomen Kämpfe der Arbeiter, der Frauen, der Kinder, der Arbeitslosen, der Landarbeiter u.a. Im Wahlspiel ist also die KPI die „Partei der Arbeiterklasse" geblieben, ungeachtet der Tatsache, daß mit dem gleichen Anspruch (Partei der Arbeiterklasse zu werden) Parteien wie Lotta Continua, PdUP, AO (Avanguardia Operaia) u.a. sich in den Wahlkampf gestürzt und große Wahlerfolge versprochen haben. Sie sind aufgrund folgender Tendenz enttäuscht worden: Faschisten, Reaktionäre, Rechte aller Couleurs, (Liberale, Sozi: Sozialdemokraten, Katholiken) haben sich mit ihrer Stimme für die Rettung der DC, die sie vor der Wahl auch kritisiert haben (das italienische Unternehmertum, der Mittelstand, die Bauern usw.) eingesetzt. Das Gleiche haben die italienischen Arbeiter für den Sieg der KPI mit aller Entschiedenheit getan: daraus erklärt sich die Polarisierung auf Kosten der kleinen Parteien, von der weder die Rechten noch die Linken verschont geblieben sind.

Durch das Wahlergebnis ist die erwartete Verschärfung der Krise des Kapitals auf politischer bzw. institutioneller Ebene weiter aufgeschoben worden. Die Initiative bleibt vorläufig beim Kapital. Das könnte eine für's italienische Kapital (und für die Massenbewegung schädliche) Atempause werden: das Gipfelzusammentreffen der kapitalistischen Länder (USA', BRD, Frankreich, England, Italien u.a.) in Puerto Rico, bei dem es um einen neuen „Marshall-Plan" für's italienische Kapital geht, ist nur ein erstes Beispiel.

Die italienischen Genossen und die kämpfenden italienischen Arbeiter werden aber nach dem Wahlergebnis verstehen, wie ernst die Gefahr ist, die vom Ausland kommt (USA, BRD) und daß die DC nicht mehr so zerrissen ist, wie alle angenommen haben.

PARLAMENTSWAHLERGEBNISSE:

	Stimmen	Parlamentssitze
KPI	12.620.509 (34,4%)	227 (+48)
Democrazia Proletaria	555.980 (1,5%)	6 -
PSI	3.541.383 (9,6%)	57 (- 4)
DC	14.541.383 (38,7%)	263 (- 3)
MSI-Faschisten	2.243.849 (6,1%)	35 (- 21)

ALTERNATIVER SENDER "CONTRORADIO"

FLORENZ (ID) 25 Juni — "Controradio" ist einer der vielen autonomen Sender in Italien, die die Lücke in der italienischen Mediengesetzgebung ausnützen (, was allerdings — mit erheblich besserem finanziellen Polster — auch Kapitalisten tun. Pläne, daß Agnelli einen eigenen Fernsehsender aufmachen will, sind ebenfalls bekannt geworden.) In Florenz alleine gibt es acht "freie Sender"; darunter regelrecht bourgoise Privatsender, einen von der Kirche; einige speziell für die Wahlen eingerichtet. In Italien zu senden ist in erster Linie G frage; natürlich auch, ob man was zusagen hat, da einen sonst niemand hört.

Genossen verschiedener Gruppen (von PCI, LC und Unorganisierte — "controradio" macht ein parteiungebundenes Programm)aus Florenz haben drei Räume in einem Kasteil auf einem Hügel nahe der Stadt gemietet und dort ein Studio mit einem Sendemast auf einem Turm eingerichtet. Im selben Kastell ist eine Sendestation des staatlichen Fernsehens untergebracht. Dort arbeitet ein Genosse, der die Nachrichten unmittelbar in den anderen Teil des Gebäudes und damit zu den alternativen Medien bringt. Ebenso authentische Nachrichten sind für "controradio" aber auch Informationen von politischen Gruppen und Individuen am Ort, mit denen eine regelmäßige Kommunikation besteht. "Controradio" hat nur eine Sendekapazität für Florenz und Umgebung, dort unter Jugendlichen eine hohe Einschaltquote. Gesendet wird täglich von 8.30 bis 24.00 Uhr. 4 Stunden in je zwei Abschnitten machen Frauen für Frauen Programm.Ansonsten gibt es wirklich gute differenzierte Musiksendungen und kein regelmäßiges Programm, da es die Genossen von "controradio" nicht alleine gestalten.

Als wir während der Sendezeit das Studio besuchten, machte gerade ein Musikjournalist, der aus politischen Gründen vor einem halben Jahr bei einer Zeitung gekündigt wurde, eine Sendung über Geschichte des Blues.

Finanziert hat sich "controradio", wie alle Alternativprojekte, auch die linken Tageszeitungen in Italien, dadurch, daß viele kleine Aktien an Genossen verkauft wurden. Von einer linken Regierung nach den Wahlen 20/21. VI. hätte "controradio" die definitive Legalisierung gefordert. Repressionen durch die Polizei gab es bisher — im "roten Gürtel" der Toscana — allerdings noch keine.

TOD DURCH ERHÄNGEN FÜR NOEL UND MARY MURRAY

DUBLIN (ID) 25. Juni — Drei Anarchisten sind seit einiger Zeit im Militärgefängnis in Curragh. Desmond Keane, Kolumba Longmore und Robert Cullen wurden zu jeweils fünf, vier und sieben Jahren verurteilt.

Noel Murray, ein weiterer Angeklagter im selben Fall, kam auf Kaution frei und seine Frau Murray bekam eine Strafe auf drei Jahre mit Bewährung. Unter anderem wurden die Genossen beschuldigt, einen Sprengstoffanschlag auf die spanische Botschaft in Dublin verübt zu haben. Am 11. September 1975 wurde ein Polizist nach einem Bankraub in Norddublin erschossen, bei

dem 7.ooo Pfund mitgenommen wurden. Nachdem die Polizei eine Zeit ziemlich ratlos rumsuchte, wandte sie sich dem „Spektrum des Anarchismus" zu und überfiel am frühen Morgen des 23. Septemer die Wohnungen bekannter Anarchisten in ganz Dublin. Die Überfälle richteten sich auch gegen Verwandte und Freunde der Inhaftierten. Der Rachecharakter dieser Aktion läßt sich aus der Verhaftung der Mutter, Bruder und Schwester eines der Gefangenen ersehen. Sie wurden stundenlang verhört. Ein Genosse, der sich um Gefangene kümmerte, wurde auf der Polizeiwache so wüst geschlagen, daß er ins Krankenhaus mußte. Einem anderen Genossen wurden "während des Verhörs" mehrere Rippen gebrochen. Man hoffte, die Gefangenen würden den oder die Verantwortlichen am Tod des Polizisten sagen. Der „Evening Herald" verkündete in einer Schlagzeile, daß der Polizist von Anarchisten erschossen worden sei.

Die Polizei kannte zwar nicht die Identität der Täter, wohl aber schon deren politische Überzeugung. Für Informationen zur Ergreifung der Täter wurden 2o.ooo Pfund ausgesetzt. Nachdem erst mal eine schuldige Gruppe gefunden war, konnte der Täter nur Noel Murray sein, und für 2o.ooo Pfund Belohnung gab es genug, die bereit waren, ihn zu belasten. Während der vorangegangenen 8 Monate waren Noel und Mary durch ihre politischen Aktivitäten unbequem geworden und die Polizei ging sehr weit, um die beiden als libertäre Bonny and Clyde zu beschuldigen. Am 9. Mai 1975 kamen Noel und Mary nach Hause, wurden von einem Polizisten empfangen, der eine MP auf sie richtete und rief: „ Du bist tot, Murray!". Das Haus war in ihrer Abwesenheit von vierzig bewaffneten Polizisten umstellt worden und sie wurden festgenommen. Danach wurde ein weiterer Genosse, Ronald Stenson, verhaftet, der schon früher festgenommen, aber wieder freigelassen worden war. Ronald macht schon lange Knastarbeit und ist ein Mitglied der „Prisonners right organisation" (PRO - Organisation für die Rechte der Gefangenen), die der irischen Regierung seit langem ein Dorn im Auge ist, weil sie ständig die schlechten Haftbedingungen an die Öffentlichkeit bringt. Es scheint schon mehr als ein Zufall zu sein, da- nur zwei Tage vor seiner Verhaftung ein Foto in einer nationalen Tageszeitung, der „ Irish Times" erschien, auf dem er PRO — Flugblätter an Premierminister Cosgrave gibt. Die drei Genossen wurden gezwungen, Aussagen zu unterschreiben, die ihnen von der Polizei diktiert wurden.

Noel und Mary wurden durch ein Spezialgericht zum Tode durch Erhängen am 9. Juli verurteilt. Beide hatten sich geweigert, an ihrem Prozeß teilzunehmen, den sie über Lautsprecher in ihren Zellen verfolgten. Nach dem Urteil legten sie sofort Berufung ein, die jedoch zurückgewiesen wurde. Wenn die Berufung bei einem übergeordneten Gericht ebenfalls abgewiesen wird, kann sie nur noch durch die Regierung begnadigt werden. Die Mehrheit der Regierungskoalition, zusammengesetzt aus Finngael Gays (? ? ?) und der Labourparty, ist für die Anwendung der Todesstrafe. Nur einige Labourminister haben sich dagegen ausgesprochen. Die Todesstrafe ist seit 2o Jahren in der Republik Irland nicht mehr vollstreckt worden und ein makabres Problem ist das Fehlen eines qualifizierten Henkers — der müßte importiert werden. Schreibt den Genossen massenhaft und protestiert bei allen erreichbaren irischen Institutionen!

DER FRANZÖSISCHE FALL JENDRIAN

PARIS (ID/LIBE)
31. Juni

Der 45-jährige B. Baptedou wurde am 23. Juni in Fontenay-sous;Bois, einem Vorort von Paris von zwei Polizisten der „Anti-Gang"-Abteilung der politischen Polizei erschossen. Die Polizeiführung spricht von einem „unglücklichen Unfall", der sich auf dem Hintergrund der Ermittlungen im Fall Thodoroff ereignet habe. (Thodoroff ist ein entführter Industrieeller, der vor einigen Monaten gegen eine Milliarde Franc Lösegeld eingetauscht wurde).

In Fontenay;sous;Bois war die Polizei auf der Suche nach einem Mann,namens Caron, der mit der Entführung in Zusammenhang gebracht wird. Am Abend des 23. begaben sich zwei politische Polizisten zur angegebenen Adresse. An den Briefkästen orientierten sie sich über die Lage der gesuchten Wohnung. Die Polizisten gehen ins zweite Stockwerk und klingeln an der Wohnungstür. Was von da an vorfällt, wird in der Darstellung der Polizei anders geschildert, als in der Darstellung der Wohnungsnachbarn.

Nach Polizeiversion hätten sich die Beamten mit ihren Ausweisen in der Hand bei der Freunding des Erschossenen, Frau Debarre, vorgestellt und nach Caron gefragt. Die Nachbarn geben an, daß statt der Ausweise die Dienstpistolen vorgezeigt wurden. Angesichts der Waffen schrie die Frau auf, Baptedou rannte, mit einer Pistole bewaffnet zur Tür und wurde von mehreren Schüssen der Polizisten tödlich getroffen. Die Annahme ist nicht abwegig, daß er sich als Reaktion auf die Schreie seiner Freundin eine seiner Waffen geschnappt hat. Eine Reaktion mit tödlichen Folgen. Baptedou ist Angestellter der Banque de France, von seinen Kollegen wird er als ruhig und nett geschildert. Er besitzt eine kleine Waffensammlung, die er sich im Zuge der Sicherheitskampagne des Innenministers Poniatowski zugelegt hat. Für die Polizeiführung liegt ein klarer Fall von Notwehr vor. Bei der Vorgehensweise der Polizei muß man sich allerdings fragen, ob wenn sie sich nicht in der Etage geirrt hätten, dem tatsächlich gesuchten nicht das gleiche Ende wie Baptedou bevorstand. Nicht der Irrtum der Polizei, sondern die Methode der Polizei produzierten diese tödlichen Ausgänge.

MIT WESTLICHER HILFE KRIEG IN OST-TIMOR

BONN (ID)
24. Juni

Zur Lage in Ost-Timor nahm auf einer Pressekonferenz am 24. Juni in Bonn Leonel Andrade, der Repräsentant der Fretilin, Stellung:

„Es sind jetzt fast zehn Monate vergangen , seit indonesische Truppen im September '75 die Grenze zu Ost-Timor überschritten haben und einen Aggressionskrieg begannen, um dieses Territorium zu annektieren.

Am 28. Nobember erklärte das Zentralkomitee der Fretilin die Unabhängigkeit von Portugal und rief die Demokratische Republik Ost-Timor aus. Am 7. Dezember startete die faschistische Militärjunta aus Jakarta eine Invasion Dilis, der Hauptstadt der Demokratischen Republik Ost-Timor. Zur Zeit befinden sich mehr als 40.000 Soldaten aus Indonesien inOst-Timor. Die indonesische Regierung hat um die Insel eine See- und Luftblockade verhängt.

Nach Angaben pro-indonesischer Quellen sind ungefähr 60.000 Ost-Timonesen, in der Hauptsache Frauen und Kinder, von den indonesischen Soldaten getötet worden. Die Grausamkeiten, die von den indonesischen Truppen begangen worden sind, können nur mit den faschistischen Verbrechen während des zweiten Weltkriegs in Europa verglichen werden. Trotz der massiven militärischen Präsenz Indonesiens kontrollieren die nationalen Kräfte den größten Teil des Territoriums. Der Krieg in Ost-Timor hat Indonesien mehr als 10.000 Tote und Verwundete, meist von Elitetruppen gekostet und jeder Monat Krieg kostet dieses Land mehr als 12 Millionen US-Dollar. Wie kann es sich Indonesien leisten, solch einen Krieg zu führen? Die indonesische Wirtschaft ist sehr labil. Pertamina, die staatliche Ölfirma hat Auslandsschulden von mehr als 10 Milliarden US-Dollar. Die Staatsschulden betragen mehr als 7 Milliarden US-Dollar. Die Korruption ist in Indonesien zu einer Institution geworden. Das indonesische Volk aber wird ärmer und hat weniger zu essen als vor zehn Jahren. Die jetzigen Schulden Indonesiens sind zehnmal so hoch wie die, die nach der zwanzigjährigen Herrschaft Sukarnos bestanden. Die Antwort auf die Frage ist einfach: Indonesien erhält von der westlichen Welt enorme Wirtschafts- und Militärhilfe. Mit dieser Hilfe kann sich das korrupte und faschistische Regime in Jakarta den kostspieligen Krieg in Ost-Timor leisten und mehr als 100.000 Indonesier als politische Gefangene halten.

Um den Aggressionskrieg gegen das Volk und das Territorium Ost-Timors zu führen und um tausende politische Gefangene festzuhalten, bittet die indonesische Regierung bei den Mitgliedern der IGGI um Geld. Deshalb möchten wir die IGGI-Mitglieder dringend darauf hinweisen, daß jede Hilfe an Indonesien zum Krieg und zur Repression gegen das indonesische und osttimoresische Volk benutzt wird. Der Westen kann nicht den Völkermord Indonesiens in Ost-Timor stillschweigend hinnehmen.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations-Dienst
Postfach 90 03 43   6 Ffm. 90



Demonstration von Stammesangehörigen für FRETILIN

aus Pogrom Nr. 39/40
2 HH 13, Parkallee 18

Die westlichen Länder spielen eine wichtige Rolle und haben eine große Verantwortung für die Entwicklung und die Wohlfahrt der Völker der Dritten Welt. Aber die Unterstützung korrupter und unpopulärer Regime läuft den Prinzipien der Humanität und Moral zuwider. Wir meinen, daß die westliche Hilfe an Indonesien nicht für militärische Zwecke verwendet werden soll und das grundlegende Menschenrechte respektiert werden müssen. Wir haben mit Erstaunen gehört, daß die Bundesregierung Hubschrauber und Herkules-Transportflugzeuge an Indonesien liefern wollte. Sollte das zutreffen, würden wir es sehr bedauern.

Wir glauben an den guten Willen und die guten Absichten der westlichen Länder, aber es wird Zeit, sich darüber klar zu werden, daß die Milliarden-Dollar-Hilfe, die Indonesien während der letzten zehn Jahre bekommen hat, in grober Weise von bestimmten Teilen des Regimes in Jakarta mißbraucht worden ist.

Vor der Invasion Dilis, der Hauptstadt Ost-Timors, war die Regierung dieses Landes bemüht, die Wirtschaft zu reorganisieren, die Nahrungsmittelproduktion zu steigern und die Landwirtschaft zu diversifizieren. Mit der bedingungslosen Hilfe religiöser Hilfsorganisationen aus Australien wurde ein Gesundheitsprogramm in Angriff genommen. Das Internationale Rote Kreuz arbeitete in Ost-Timor. Vor der Invasion Dilis verließen alle Ausländer das Land. Die indonesische Regierung hatte gedroht, jeden Ausländer, der sich in Ost-Timor aufhielt, umzubringen.

Im Oktober '75 wurden fünf Journalisten, zwei Australier, zwei Engländer und ein Neuseeländer von indonesischen Truppen in der Grenzstadt Balibo gefangen genommen und erschossen, als sie über die indonesische Intervention berichten wollten. Ein weiterer Journalist, Roger East, wurde am 7. Dezember getötet. Zur Zeit gibt es nicht einen Arzt in Ost-Timor. Keinem ausländischen Beobachter wurde es erlaubt, das Territorium zu besuchen. Indonesische Generäle haben angedroht, jedes Boot zu versenken, das humanitäre Hilfsgüter nach Ost-Timor bringen soll.

Die UN-Vollversammlung hat die indonesische Intervention in Ost-Timor verurteilt, der Sicherheitsrat hat die Regierungin Jakarta zweimal aufgefordert, ihre Truppen sofort von dem Territorium zurückzuziehen. Aber die Militärjunta hat dies nicht zur Kenntnis genommen und setzt ihren Völkermord in Ost-Timor fort.

W nn die indonesische Regierung nicht bald ihre Truppen aus der Demokratischen Republik Ost-Timor abzieht, wird die gesamte Region zum Kriegsschauplatz werden. Der Krieg in Ost-Timor würde sich auf die Nachbarinseln ausdehnen. Noch ist es Zeit, dies zu verhindern."

Leonel Andrade, Repräsentant der Fretilin

Die Fretilin sendet regelmäßig Radiomeldungen aus Ost-Timor. die von Televom in Darwin in Nordaustralien aufgefangen werden. Der englische Originaltext kann vom „Komitee für die Unabhängigkeit Ost-Timors", c/o Detlef Hande, Frongasse 29, 5300 Bonn bezogen werden.